

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 20 / 16. Jahrgang

7. Oktober 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Berufsverbote sind völkerrechtswidrig

Europäischer Gerichtshof verurteilt die BRD wegen Verstoß gegen die Menschenrechte

Die 19köpfige große Kammer des „Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“ in Straßbourg unter Vorsitz des Norwegers Rolv Fyssdal (Präsident des Gerichtshofes) hat heute (am 26. 9., d. Red.) festgestellt, daß die 1986 ausgesprochene Entlassung der Lehrerin Dorothea Vogt (Jever) wegen DKP-Aktivitäten und Kandidatur gegen Artikel 10 (Meinungsäußerungsfreiheit) und 11 (Organisationsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention verstieß.

Der Gerichtshof stellte fest, daß zwar eine besondere Loyalität vom Beamten verlangt werden könne — und auch die besonderen historischen Erfahrungen in der Weimarer Republik wurden anerkannt —, daß aber kein anderer Staat so eine strikte und rigide Treuepflicht verlange.

Da die DKP nicht verboten worden sei, seien Dorothea Vogts Aktivitäten für und in der Partei gesetzlich („perfectly lawful“).

Die große Kammer läßt Zweifel anklängen, ob Lehrer unter die strenge Treuepflicht fallen.

Der Gerichtshof hob den hohen Rang der Meinungsfreiheit hervor. Dagegen sei das Risiko der Indoktrination der Schüler abzuwägen gewesen. Da es dazu keinerlei Beanstandungen gegeben hätte, sei die Entlassung unverhältnismäßig. Artikel 10 und 11 seien verletzt worden, zumal die Praxis der Bundesländer unterschiedlich sei. Die Frage der Wie-

dergutmachung wurde noch nicht entschieden.

Damit ist ein Berufsverbotsverfahren nach eingehender Untersuchung in einem mehrstufigen Verfahren endgültig als rechts- und völkerrechtswidrig erklärt worden. Immerhin hatte Dorothea Vogt seit 1986 vor dem Oldenburger und Niedersächsischen Disziplinargericht, vor dem Bundesverfassungsgericht, das 1990 ihre Beschwerde nicht annahm, und vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte (1991-1994) jahrelang um ihr Recht kämpfen müssen.

Der Sprecher der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ Horst Bethge erklärte dazu:

„Die Berufsverbotepolitik war und ist völkerrechtswidrig — von Anfang an. Die Bundesregierung und alle Landesregierungen der alten Bundesländer, die über 10000 Berufsverbotsverfahren betrieben haben, haben eine politische Ohrfeige erhalten.“

Bestätigt wurde die Position der Berufsverbotegegner — ob Initiativen der Gewerkschaften, aber auch die vielen Demonstranten und solidarischen Eltern und Schüler, die seit 1972 unablässig erklärt haben, daß Betätigung und Kandidatur für eine nicht verbotene Partei kein Anlaß für die Verletzung der Meinungs- und Organisationsfreiheit sein dürften.

Das Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes ist aber



Etwa 1200 Menschen demonstrierten am 24. September im baden-württembergischen Weikersheim gegen das dortige berüchtigte „Studienzentrum Weikersheim“, eine Verbindungsstelle zwischen Konservativen und Faschisten unter Leitung des Ex-Marinerichters und späteren CDU-Ministerpräsidenten Filbinger. Demnächst wollen sich dort Konservative und Leute aus dem faschistischen Lager wieder zu „Hochschultagen“ treffen. (Ausführlicher Bericht mit Auszügen aus den Reden auf der Demonstration auf Seite 8.)

gleichzeitig auch eine Ohrfeige für zahlreiche deutsche Richter bis hin zum Bundesverfassungsgericht, die sich lieber zur Magd einer antikommunistischen Politik degradiert haben, als den Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen.

Jetzt müssen auch Tausende von parallelen Berufsverbote-Verfahren in der alten Bundesrepublik aufgehoben werden — und das Urteil hat auch Folgen für die neue Berufsverbotepraxis in den neuen Bundesländern.

Es ist ohne Beispiel, daß denjenigen, die sich jahrzehntelang als Hüter von

Gesetz und Menschenrechten aufspielten, nun gesetz- und menschenrechtswidriges Verhalten bescheinigt wird. Vor allem die nach wie vor rigide bayerische Berufsverbotepraxis, bei der noch die Regelanfrage gilt, wird geändert werden müssen.

Der Kampf um jede einzelne Menschenrechtsverletzung lohnt sich — dank allen, die über 23 Jahre unbeirrt diese Position vertreten haben.“

(Pressemitteilung der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ — Arbeitsausschuß vom 26. 9. 95)

„Aufstehen gegen Sozialleistungskürzungen“

Aufruf zu einer bundesweiten Demonstration und Kundgebung am 4. November in Bonn

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI) und weitere Organisationen haben mit den Vorbereitungen zu einer bundesweiten Demonstration gegen die weiteren Kürzungen der Sozialleistungen begonnen. „Sozialleistungskürzungen betreffen uns alle! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß die Sozialhilfe gekürzt wird! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß die Arbeitslosenunterstützung gekürzt wird! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß bei den Flüchtlingen gekürzt wird! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß bei behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen gekürzt wird! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß bei Auszubilden-

den / Studierenden gekürzt wird! Rücknahme aller entsprechenden Regierungspläne! Schluß mit Ausgrenzung, Diffamierung und Abwertung! Wir nehmen es nicht mehr hin, daß ArbeitnehmerInnen gegen SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslose ausgespielt werden!“ heißt es in dem Aufruf, der von der BAG verbreitet wird. Unterstützt wird die Initiative bisher (Stand: 20. September) von der Bundesarbeitsgemeinschaft gegen Erwerbslosigkeit und Armut, der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen, dem Arbeitslosenverband Deutschland, der Nationalen Armutskonferenz, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und der Bun-

desarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte.

Dem Aufruf zu dieser Aktion vorausgegangen war u.a. ein bundesweites Treffen der Sozialhilfeinitiativen in Göttingen am 6. August, auf dem diese über mögliche Gegenaktionen gegen die Angriffe der Bundesregierung, insbesondere der beiden CSU-Minister Waigel und Seehofer auf die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe beraten und eine „Göttinger Erklärung“ dagegen verabschiedet hatten.

Inzwischen gewinnt der Widerstand gegen Seehofers Sozialhilfepläne deutlich an Kraft: Über 80 Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und anderen sozialen Or-

ganisationen haben in einer gemeinsamen Erklärung die Rücknahme von Seehofers Sozialhilfegesetzentwurf verlangt (siehe auch Seite 3). Die Demonstration am 4. November in Bonn kann also zu einer wichtigen Aktion für den Widerstand gegen den sozialen Raubzug dieser Regierung an den Armen werden. Infos bei: Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V., Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/Main, Tel. 069-250030. — (rül)

Beginn der Aktion am 4. November: 11 Uhr, Münsterplatz, Bonn. Bis 12.30 Demonstration durch die Stadt, anschließend von 13 bis 15 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz.

Lebenslang. Isolation. Harter Kurs gegen die RAF-Gefangenen bleibt

Seit dem 1.9. ist Christian Klar im Hungerstreik für ein Minimum an Kommunikation. Sieglinde Hofmann zu „lebenslang“ verurteilt.

In nicht einmal einem Monat hat das Gericht in Stuttgart-Stammheim den Prozeß gegen Sieglinde Hofmann, Gefangene aus der RAF, die bereits eine 15jährige Haftstrafe abgesessen hat und erneut wegen fünffachen Mordes angeklagt war, durchgepeitscht. „Die KronzeugInnen der Anklage wurden im Fließbandverfahren vernommen. Es mußte nur noch ein Stichwort gegeben werden, und sie spulten das nächste Band ab,“ berichtete der Anwalt Jürgen Schneider in einem Interview im *Neuen Deutschland* (20.9.).

Entsprechend fiel das Urteil aus, wie von praktisch allen von Anfang an erwartet: Sieglinde Hofmann wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Dünne Aussagen der Kronzeugen, die Sieglinde Hofmann namentlich nicht belasten konnten? Fehlende Beweismittel? Für Bundesanwaltschaft und Gericht spielte das alles keine Rolle. Unverkennbar war ihr Wille, die im Zuge der Entführung Schleyers 1977 Getöteten mit aller Gewalt jemandem zuzuschreiben und ihn bzw. sie dafür lebenslänglich einzukerkern. Der erneute Prozeß gegen Sieglinde Hofmann muß zugleich als schlimmes Zeichen für den seit langen Monaten laufenden Prozeß gegen Birgit Hogefeld gewertet werden. Auch hier gibt es starke Anzeichen, daß die Justiz, weit davon entfernt, sich von der Aufgabe der Wahrheitsfindung leiten zu lassen, in der Verfolgung der RAF von dem Bestreben beherrscht ist, für jede

Tat der RAF einen Täter zu finden und zur Höchststrafe zu verurteilen, egal wie und egal wie. Geschichtsaufarbeitung à la BRD.

Die „Todesstrafe auf Raten“ bleibt aufrechterhalten

Die Verurteilung von Sieglinde Hofmann zu „lebenslänglich“ setzt ein weiteres Zeichen: An der Praxis der Todesstrafe auf Raten, der endlos langen Haft ohne konkrete Perspektive auf Freilassung, soll für den verbliebenen harten Kern von Gefangenen aus der RAF festgehalten werden. In der Tat stellt sich die Frage — so Rechtsanwalt Schneider —, „ob man sich damit abfinden will, daß für die Gefangenen aus der RAF Haftzeiten von 20 bis 25 Jahren vorgesehen sind und einige gar nicht mehr rauskommen sollen. Das ist die Frage nach dem Lebenslänglich. Sollen sie bis zum Grabstein sitzen?“ Dieser Frage kann nach dem Urteil gegen Sieglinde Hofmann niemand mehr ausweichen: Das Problem der endlosen Inhaftierung von Gefangenen aus der RAF wird sich nicht von selbst lösen.

Am unbeirrbar harten Kurs halten die Behörden auch in der Behandlung insbesondere von Christian Klar fest. Auch am 32. Tag seines Hungerstreiks — wir berichteten in der letzten Ausgabe — gibt es nicht das geringste Anzeichen, daß die verantwortlichen Justizbehörden die Isolationsmaßnahmen

lockern. In selbstaufgelegter Zensur berichten die Medien über den langwöchigen Hungerstreik kaum bis gar nicht, und auch die leider wenigen Proteste und Solidaritätsbekundungen — Pressemittelungen, Kundgebungen vor dem Justizministerium in Stuttgart und Bonn u.ä. — werden völlig unterschlagen.

Die Isolation funktioniert in einem umfassenden Sinn. Christian Klar ist inzwischen schon länger ins JVA-Krankenhaus Asperg verlegt. Um seine Gesundheit, durch über 13 Jahre Sonderhaftbedingungen unterschiedlichen Ausmaßes untergraben, muß gefürchtet werden.

„Uns sind die psychischen und physischen Beschwerden als Folgen der Haft und Isolation wohl bekannt“, schrieben der Pfarrer Hubertus Janssen, Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, und Gisela Wiese, Vizepräsidentin von Pax Christi, in Unterstützung für die Forderungen des Hungerstreiks. „Wir wissen auch, daß die ‚Rechtsregeln‘, mit denen die Gefangenen im Strafvollzug leben müssen, nicht dazu beitragen, ihr Leben positiv einzurichten, und auch keine Hilfe sind bei der Verbesserung der zwischenmenschlichen Kontakte, die gerade für Menschen in Haft lebensnotwendig sind. Auch Menschen in Haft haben ein Grundrecht auf Kontakt und Kommunikation. Dieses Grundrecht wurde ... für Herrn Christian Klar drastisch eingeschränkt.“ — (scc)



Sieglinde Hofmann

Angehörigen-Info

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Alle vier Wochen auf 16 Seiten authentische Informationen zur Situation von politischen Gefangenen in der BRD und weltweit.

Erscheint im GNN-Verlag SH/HH, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040-38 1393, Fax 3898331.

Einzelpreis: 3 DM. Ein Halbjahresabo kostet 27 DM.

AKTUELL IN BONN

Protest gegen Diätenanhebung

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter hat — stellvertretend für alle anderen PDS-Abgeordneten und sicher auch die meisten Abgeordneten der Grünen — die von CDU/CSU und SPD betriebene Anhebung der Abgeordnetendiäten als „Koalition der Abzocker“ kritisiert: „Ich halte es nicht für legitim, daß Abgeordnete des Deutschen Bundestages sich besser stellen, während große Teile der Bevölkerung von wachsender Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und realen materiellen Verlusten betroffen sind. Ich kann daher die heftige Kritik der Öffentlichkeit an der geplanten Diätenerhöhung gerade auch deshalb nachvollziehen, weil die Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag den Kurs des drastischen Abbaus sozialer Rechte und Sicherheiten mitträgt ...“ Bei der Erhöhung der Abgeordnetendiäten und der Erhöhung der Abgeordnetenrenten werde sie deshalb mit Nein stimmen. Zugleich fordere die PDS alle Abgeordneten, die ebenfalls mit „Nein“ stimmen, auf, gemeinsam über die Einreichung einer Organklage beim Bundesverfassungsgericht zu beraten.

Bonn schützt IG-Farben-Nachfolger

Als Skandal hat die Coordination gegen BAYER-Gefahren den zwischen der Bundesregierung und den USA geschlossenen Vertrag über die Entschädigung von amerikanischen NS-Opfern kritisiert. „Die Konzerne, die eigentlichen Nutznießer der Zwangsarbeit im

Dritten Reich, schließen in den USA geheime Vereinbarungen, während in Polen und Rußland Zehntausende bis heute leer ausgehen.“ Wieder sei zu befürchten, daß die Steuerzahler die Hauptlast der Wiedergutmachung aufbringen müßten, „während die Konzerne sich um eine angemessene Beteiligung herumdrücken“. Die Bundesregierung hat sich in dem am 19. September geschlossenen Vertrag bereiterklärt, 3 Millionen Mark in einen Fonds für amerikanische NS-Opfer, zum größten Teil ehemalige Zwangsarbeiter, zu zahlen, während die Konzerne BASF, Bayer, Hoechst und Daimler Benz einen ungenannten (geringen) Betrag beisteuern. Die Kampagne „Nie wieder!“ fordert, daß für solche Zahlungen insbesondere auch die zur NS-Zeit profitierenden Konzerne, darunter die IG-Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst, aufkommen sollen.

Daimler soll „zivil“ werden

Während sich Vertreter der Regierungsparteien und der SPD im Bundestag bei der Debatte über die „DASA-Krise“ fast unsisono abmühten, dem Konzern neue Regierungssubventionen zuzusagen — insbesondere durch vorgezogene Rüstungsaufträge — verlangte der PDS-Abgeordnete Winfried Wolf eine Umkehr in der staatlichen Subventionspolitik. Ab sofort solle der Konzern Zahlungen aus dem Bundeshaushalt nur noch erhalten, wenn er beginne, seine Rüstungssparte auf friedliche Produktionen „umzurüsten“, im Bereich der zivilen Luftfahrt auf umwelt-

verträglichere Technik umsteige und eine vertragliche Arbeitsplatzgarantie abgebe. Wolf: „Das sind übrigens Forderungen, wie sie im IG-Metall-Grundsatzprogramm stehen. Das sind Forderungen, wie sie unsere Gruppe in dem Antrag zum Verbot von Rüstungsexporten und zur Konversion der Rüstungsindustrie in den Bundestag einbrachte. Das sind die Forderungen, die die kirchlichen und Abrüstungsgruppen aufgestellt haben. Das sind die Forderungen, wie sie Jahr für Jahr von den Kritischen Aktionären auf den Hauptversammlungen der Daimler-Benz AG vorgetragen werden.“

Weiter Streit um „Entsendegesetz“

Am 28. September hat der Bundestag erstmals den von Bundesarbeitsminister Blum vorgelegten Gesetzentwurf beraten, der im wesentlichen vorsieht, daß ausländische Arbeitskräfte, die in der BRD vorübergehend arbeiten (z.B. sogenannte „Subarbeitnehmer“ und „Vertragsarbeitnehmer“ auf Baustellen) nach hier geltenden Tarifverträgen zu entlohnen sind. Der Gesetzentwurf hat die Bedingung, daß zuvor ein paritätisch von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden besetzter Ausschuss im Bundesarbeitsministerium die „Allgemeingültigkeit“ der Baurarifverträge feststellen muß. Genau das will nun die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände ablehnen. Insbesondere die großen Industriekonzerne hatten gegen Blums Gesetzentwurf protestiert und ihn als „staatliche Mindestlohnpolitik“ verurteilt. Der Verband der Bauindu-

strie kündigte nach dieser BDA-Mitteilung an, nun seinerseits den Austritt aus der BDA zu prüfen.

Waigels „Haushaltslöcher“

Bundesfinanzminister Waigel verkündete am 29. September, was schon seit Wochen, ja Monaten abzusehen gewesen war: Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden fallen erheblich niedriger aus, als im Frühjahr geschätzt. 1995 und 1996 würden die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zusammen um jeweils 20 Milliarden DM niedriger ausfallen. Im Frühjahr hatten die staatlichen Steuerprüfer noch in euphorischer Stimmung einen Anstieg der Steuereinnahmen in diesem Jahr von 8,3 Prozent erwartet. Jetzt zeichnet sich ab, daß der tatsächliche Anstieg eher bei 3,4 Prozent liegen wird — immer noch hoch genug. Waigel will diese im Grunde überfällige Revision einer utopischen Prognose nun zum Anlaß nehmen, um seine Pläne für weiteren Sozialabbau zu verschärfen: Die Streichungen beim Arbeitslosengeld, bei der Sozialhilfe und beim BAFöG müßten auf jeden Fall durchgesetzt werden, verkündete er.

Was kommt demnächst?

Vom 13. bis 15. Oktober führt die CDU ihren Bundesparteitag durch. Am 16. Oktober beginnt dann die nächste Sitzungswoche des Bundestages, auf der Tagesordnung steht u.a. die Debatte um das Transrapid-Gesetz der Bundesregierung. Am 22. Oktober sind Wahlen in Berlin.

„Der Entwurf kündigt einen Grundkonsens ...“

Dokumentiert: Protest von über 80 Wohlfahrtsverbänden gegen Seehofers Sozialhilfe-Pläne

Über 80 Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere soziale Organisationen haben Mitte September in einer gemeinsamen Erklärung gegen die vom Bundeskabinett bereits gebilligten Sozialhilfepläne von CSU-Gesundheitsminister Seehofer protestiert. Damit gewinnt die Opposition gegen die rabiaten Kürzungspläne des Ministers deutlich an Kraft. Noch vor kurzem hatte es so ausgesehen, als würden insbesondere die christlichen Kirchen die Kürzungen Seehofers womöglich schlucken und durch ihren Einfluß in den Wohlfahrtsverbänden auch deren Protest gegen diesen neuen Raubzug der Regierung an den Armen dieser Republik unterbinden oder zumindest erheblich schwächen. Die gemeinsame Erklärung der in der „Nationalen Armutskonferenz“ zusammengeschlossenen Verbände und Gewerkschaften fordert jetzt die Regierung auf, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und mit den Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und anderen sozialen Organisationen über eine Neuordnung der Sozialhilfe, des Arbeitsförderungsgesetzes und des Kinderlastenausgleiches zu verhandeln. Mehrere Organisationen, darunter die Bundesarbeitsgemeinschaften der Sozialhilfeinitiativen, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, die gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen und andere mobilisieren für den 4. November zu einer Demonstration nach Bonn (siehe auch Seite 1). Inzwischen hat der Bundestag mit den Beratungen über Seehofers Gesetzentwurf begonnen. Hier die Erklärung der 80 Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und anderen Organisationen im Wortlaut. — (rül)

Erklärung zum Entwurf der Bundesregierung für eine Reform der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist konzipiert als Hilfe für einzelne Menschen in besonderen Notsituationen, in überschaubarer Zahl und nur für eine gewisse Zeit. Sie ist nicht konzipiert, um dauerhaft die Existenz von Millionen von Menschen zu sichern.

Die Zahlen der Sozialhilfeempfänger haben sich seit 1980 jedoch mehr als verdoppelt. Mehr als vier Millionen Menschen treten derzeit im Laufe eines Jahres den Gang in die deutschen Sozialämter an. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sozialämter sind hoffnungslos überfordert. Die Finanzkraft der Kommunen, die für die Sozialhilfe aufkommen müssen, ist überstrapaziert. Die Sozialhilfe hat die Folgen der zunehmenden Landzeitarbeitslosigkeit, steigender Mieten und eines unzureichenden Familienlastenausgleichs zu tragen.

Der nun vorgelegte Regierungsentwurf für eine Reform der Sozialhilfe wird weder dem Problem der überlasteten Sozialhilfe noch den Menschen in der Sozialhilfe mit ihren Nöten gerecht.

Ganz im Gegenteil: Sollte der Entwurf Gesetz werden, werden die Menschen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter reale Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen können ebenfalls nicht mehr damit rechnen, daß sie in den Einrichtungen die Hilfen bekommen, die sie wirklich benötigen.

Der Regierungsentwurf kündigt einen Grundkonsens auf, der über Jahr-



zehnte die Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik trug: Jedem Hilfsbedürftigen sollte eine ausschließlich am Bedarf orientierte Hilfe zukommen, unabhängig davon, wie er in Not geraten ist.

Der im Sozialhilfegesetz rechtlich verankerte Anspruch auf ein Leben gemäß der Würde des Menschen wird aufgegeben, wenn vom Bedarfsdeckungsprinzip in der Sozialhilfe abgerückt wird. Und genau dieses sieht der Entwurf vor, sowohl für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können, als auch für hilfsbedürftige Menschen in Einrichtungen.

Der Regierungsentwurf zur Reform der Sozialhilfe leitet einen Systembruch ein, der unseren Sozialstaat schleichend, aber in grundlegender Weise verändern würde. Dies geht nicht nur den Sozialhilfebezieher an, sondern alle Bürger dieses Gemeinwesens.

Die Bundesregierung will mit ihrer Reform vor allem den Kostenanstieg in der Sozialhilfe bremsen. Sie beklagt mit ihrer Begründung für den Regierungsentwurf den starken Anstieg der Empfängerzahlen in der Sozialhilfe und weist darauf hin, daß noch stärker die Aufwendungen der Sozialhilfe gestiegen seien. Maßvolle Korrekturen und eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs seien daher notwendig. Die Zahl der Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz sei, so heißt es, zwischen 1980 und 1993 um 154 Prozent gestiegen; die Ausgaben dafür sogar um 280 Prozent. Diese Zahlendarstellung ist zumindest mißverständlich und führt zu fehlerhaften Problemanalysen. Berücksichtigen wir die Preissteigerungsraten zwischen

1980 und 1993 und berechnen die Ausgaben pro Hilfeempfänger, schmelzen die 280 Prozent Ausgabenzuwachs auf minus 0,2 Prozent zusammen.

Die sachlich fundierte Betrachtung der Ausgabe Seite bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt kommt somit zu dem Ergebnis: Das Kostenproblem entpuppt sich als reines Fallzahlenproblem, die inflationsbereinigten Kosten pro Sozialhilfebezieher sind seit 1980 real konstant geblieben.

Wenn die Bundesregierung das Problem der überlasteten Sozialhilfe lösen will, muß sie folgerichtig die hohen Fallzahlen abbauen und die Menschen aus der Sozialhilfe herausführen.

Nicht zu Ende gerechnet sind auch die Zahlenangaben zur Hilfe in besonderen Lebenslagen oder der Hilfe in Einrichtungen. So wird bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen von einem Kostenanstieg von 200 Prozent in den vergangenen 13 Jahren geredet. Tatsächlich beträgt der reale Pro-Kopf-Anstieg jedoch nur 32 Prozent. Auch die angegebene nominale Kostensteigerung von 208 Prozent bei der Hilfe in Einrichtungen beträgt real und pro Kopf nur 66 Prozent. Und dieser Anstieg, das weiß die Bundesregierung, ist vor allem auf einen höheren Hilfebedarf der Menschen in den Einrichtungen zurückzuführen. Waren beispielsweise in Nordrhein-Westfalen 1981 nur 40 Prozent der Altenheimbewohner pflegebedürftig, so waren es 1988 bereits 70 Prozent. Ein Anstieg der Pro-Kopf-Einrichtungskosten von 66 Prozent ergibt sich aus einem damit verbundenen erhöhten Betreuungsaufwand und ist durchaus moderat zu nennen.

Die Sozialhilfe hat kein Kostenpro-

blem, so wie die Bundesregierung es dargestellt hat. Die Sozialhilfe hat ausschließlich ein Fallzahlenproblem und in gewisser Weise ein Problem erhöhter Pflegebedürftigkeit in Einrichtungen. Diese strukturellen Probleme löst der bekanntgewordene Regierungsentwurf nicht.

So enthalten die vorgelegten Neuregelungen zur Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger weder Rechtsansprüche für den Betroffenen, noch verbindliche Verpflichtungen für die Sozialämter. Es handelt sich vielmehr um Anregungen und Konkretisierungen schon gegebener Gesetze. Es ist nichts, was nicht auch schon bei gegebener Gesetzeslage umsetzbar wäre.

Verbindlich sind lediglich die Leistungseinbußen der Hilfeempfänger und die Verabschiedung von der Orientierung der Sozialhilfeleistung am Bedarf des Hilfebedürftigen.

Die unterzeichnenden bundesweiten Verbände und Organisationen, Kirchen und Gewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, die Probleme an der Wurzel zu fassen und die Fallzahlen abzubauen, anstatt Leistungsprozente zu kürzen und bedarfsgerechte Hilfen in Einrichtungen in Frage zu stellen.

— Etwa ein Drittel, nämlich 687 000, der Haushalte, die auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, sind es wegen Arbeitslosigkeit.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Maßnahmen der Arbeitsämter auch für arbeitslose Sozialhilfeempfänger verbindlich zu öffnen. Auch kann die Hilfe zum Lebensunterhalt für diese Personen ohne größere Schwierigkeiten mit eventuellen Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe verrechnet und über die Arbeitsämter ausgezahlt werden. Die Sozialämter sind keine Ersatzarbeitsämter.

— 1,2 Millionen Kinder bis 15 Jahren sind derzeit im Laufe eines Jahres auf Sozialhilfe angewiesen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein bedarfsorientiertes Kindergeld für einkommensschwache Haushalte zu schaffen. Ohne größere Schwierigkeiten können Kindergeld und Sozialhilfe gekoppelt werden. Bei Bedarf wäre ein Kindergeld in Höhe der Sozialhilfe auszahlbar.

— Von den derzeit 660 000 pflegebedürftigen Menschen, die Hilfe zur Pflege nach dem Sozialhilfegesetz beziehen, wird trotz Pflegeversicherung ein großer Teil weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen bleiben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, eine wirklich leistungsfähige Pflegeversicherung zu schaffen, die im Regelfall vor dem Gang zum Sozialamt bewahrt. Mit einer Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen könnten die notwendigen finanziellen Spielräume geschaffen werden.

Wir fordern die Bundesregierung schließlich auf, ihren verunglückten Regierungsentwurf wieder zurückzuziehen und statt dessen die Reform des Bundessozialhilfegesetzes in sinnvoller Weise mit der Reform des Arbeitsförderungsgesetzes und eines bedarfsgerechten Kinderlastenausgleiches zu verzahnen. Nur so können Menschen tatsächlich aus der Sozialhilfe herausgeführt oder vor dem Gang zum Sozialamt bewahrt werden.

Unterzeichner: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Frankfurt/Main, sowie ca. 80 weitere Organisationen und Institutionen.

Regierungs- und Regimekrise in der Türkei

Diskussionen um eine Lösung des Kurdenkonflikts / PKK erneut zu Waffenstillstand bereit

Ende September brach die türkische Regierungskoalition aus der Partei des rechten Weges (DYP) und der sozialdemokratischen Volkspartei (CHP) auseinander. Ministerpräsidentin Tansu Ciller trat zurück und bemüht sich seither um eine Minderheitenkoalition mit der Mutterlandspartei (ANAP). Die bisher mitregierende CHP wechselte am 10. 9. mit der Wahl von Denis Baykal ihren Parteivorstand aus in der Hoffnung, so ihren weiteren Niedergang zu einer 10-Prozent-Partei stoppen zu können, und stellte Forderungen nach mehr Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und größerer Achtung der Menschenrechte.

Ciller, getrieben von den Militärs im Nationalen Sicherheitsrat, lehnte eine Änderung der Regierungspolitik ab und erklärte, „der bedingungslose ‚Kampf gegen den Terrorismus‘ (d.h. gegen die kurdischen Guerillas und einen großen Teil des kurdischen Volkes)“ habe absolute Priorität. (Handelsblatt, 21. 9. 95)

Wie sieht die Bilanz der Koalitionsregierung aus?

Seit 1992 eskaliert das türkische Regime den Terror und Völkermord in Kurdistan. Im Oktober 1993 verkündete der damalige Generalstabschef Güres die Generalmobilisierung und erklärte den Kurden „den totalen Krieg“. Ciller rief im Januar 1994 zur „Endlösung der Kurdenfrage“ auf. Alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressourcen wurden in den knapp vier Jahren dieser Regierung zur Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung mobilisiert. Das Ergebnis dieses „totalen Krieges“: Tausende zerstörter Dörfer in Kurdistan, Millionen Flüchtlinge und verheerende wirtschaftliche Folgen.

Die Chrom-, Kupfer-, Mangan- und Ölförderung, die in den kurdischen Region stattfindet, ist zum Erliegen gekommen. Das Milliarden verschlingende GAP-Wasserprojekt an Euphrat und Tigris kommt nicht voran. Gut die Hälfte des Staatshaushaltes verschlingt der Krieg.

Das führte zur Erhöhung der Staats-

verschuldung (ca. 70 Mrd. Dollar), Inflationsraten bis zu 140 Prozent (derzeit 80), steigenden Steuerlasten und Grundnahrungspreisen, sinkenden Löhnen und Gehältern und Massenentlassungen in der türkischen Staatsindustrie. Seit zwei Jahren gibt es heftige Lohnkämpfe, die jetzt zu der bisher zweitgrößten Streikwelle in der türkischen Geschichte führen.

Militärische Erfolge kann das Regime dagegen nicht bieten. Seine 500000-Mann-Armee in Kurdistan hat seit mehr



Bild: Roland Röder

als einem Jahr monatliche Verluste von bis zu 1800 getöteten Soldaten. Die Invasionen nach Südkurdistan brachten nicht den gewünschten Erfolg. Vielmehr sieht sich das Militär im Kampf gegen die kurdische PKK-Guerilla mehr und mehr zurückgedrängt in die Städte und kann in vielen Gebieten nur noch in größeren Einheiten operieren. Eine Nato-Zeitung schrieb im Juni 1994, daß „etwa 70 bis 75 Prozent des Hochlandes der Osttürkei sich bereits fest in der Hand der Kurden befindet“ und stellte die Frage, wie mit diesem Herrschaftsbündnis von feudalen Großgrundbesitzern und Militärkamarilla eine nötige Kursänderung überhaupt möglich sei (Europäische Sicherheit 6/94).

Seit Wochen mehrten sich Stimmen aus Kreisen der Wirtschaft und dem

bürgerlich-intellektuellen Lager, die eine Änderung der Kurdenpolitik verlangen. Der Verband der türkischen Handelskammern und Börsen (TOBB) veröffentlichte seinen Bericht „Die Südostfrage: Diagnosen und Prognosen“. Darin wird die Behandlung der Kurdenfrage als rein militärische Frage kritisiert. Vielmehr müsse die türkische Regierung „prokurdische Stimmungen tolerieren, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme“ ernst nehmen. Gefordert werden „mehr demokratische Rechte für Kurden und deren faire Behandlung“. (FAZ, 11. 8. 95) Prof. Dogu Ergil, Mitarbeiter am TOBB-Bericht, verfaßte gemeinsam mit dem Schriftsteller Ismail Nacar einen Friedensappell „an unsere Werte Nation“: „Die politische Gewalt in der Türkei sei kein ‚einfaches Problem der inneren Sicherheit‘. Sie sei Resultat eines ‚gestörten Systems‘, der Terrorismus ein ‚sozialer Konflikt‘, entstanden aus ‚Ungleichheit und der Unterdrückung kultureller Identität‘. Sie fordern eine Neudefinition der türkischen Gesellschaft und ihrer Verfassung, wonach Völker und Kulturen „gleichberechtigt und rechtlich abgesichert“ werden sollen. Der Friedensappell endet in der Aufforderung, daß während „eines mindestens dreimonatigen Waffenstillstandes“ „kampflose Lösungswege“ diskutiert werden sollten. (FR, 29. 9. 95)

Mit diesem Appell fuhr Nacar zum Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan. Dieser erklärte am 18. 9. im kurdischen MED-TV, daß die PKK in Kürze einen erneuten Waffenstillstand vorschlagen werde, ähnlich wie 1993, als die PKK vom 17. März bis 8. Juni einen einseitigen Waffenstillstand durchführte. Abdullah Öcalan würdigte die Diskussionsansätze für eine demokratische Erneuerung der Türkei und erklärte, daß die PKK jede Bewegung in diese Richtung unterstützen werde. Sollte die türkische Regierung einem Waffenstillstandsangebot nicht mit neuen Vernichtungsoperationen begegnen, wäre die PKK jederzeit für den Dialog über Lösungswege bereit.

Das türkische Regime reagierte. Gegen die Verfasser der TOBB-Studie wie

des Friedensappells wird wegen „separatistischer Propaganda“ ermittelt.

Die Diskussionsforderungen kommen einer Modernisierung der türkischen Gesellschaft gleich, stellen sich doch das bisherige System in Frage, das auf den nationalistischen Prinzipien des Kemalismus und der Unterdrückung jeglichen Freiheitswillens und jeder anderen Kultur als der türkischen basiert. Deutlich wird, daß das Herrschaftssystem durch den Krieg in Kurdistan in eine Krise gerät.

Die Verhandlungen Cillers mit der ANAP-Partei deuten auf rigorose Beibehaltung der Völkermordpolitik. Gleich nach dem großen Hungerstreik der PKK-Kriegsgefangenen veranstalteten die Sicherheitskräfte ein neues Massaker im Gefängnis Buca. Der Nationale Sicherheitsrat verlangt nun für die Provinzgouverneure unbeschränkte Vollmachtsbefugnis, wie sie bisher nur der Supergouverneur für die kurdischen Provinzen hat. Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins Ercan Karan charakterisierte dies als „Ausweitung des Krieges (...) auf das gesamte Staatsgebiet der Türkei“. (DEM, 28. 9. 95)

Wie sieht es mit einer Unterstützung des in Gang gekommenen Diskussionsprozesses für eine friedliche Lösung in der Türkei aus? Die Bundesregierung erklärte ihre volle Unterstützung für das türkische Regime. Im Haushaltsausschuß gab die Regierungskoalition gesperrte Gelder für Waffenlieferungen an die Türkei frei. Ganz nach Kanthers Repressionskurs steigerte sie in den letzten Wochen ihre Hetze gegen die kurdische Befreiungsbewegung. In Frankfurt/Main begann gegen drei kurdische Politiker ein neuer §129a-Prozeß. Man kann schon sagen, daß die Bundesregierung auf vollem Konfrontationskurs gegen eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes bleibt.

Um so wichtiger ist die Unterstützung aller Initiativen, die den Friedensprozeß und das Zusammenleben der Völker fördern wollen, wie die unten vorgestellten Projekte von YEK-KOM und den Kurdistan-Solidaritätsgruppen. — (rub)

Der kurdische Dachverband YEK-KOM lädt ein:

Konferenz „Die kurdische Identität“ ihr Platz im multikulturellen Europa

Samstag, 14. Oktober, ab 10 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner Str. 69-77, Frankfurt am Main.

I. Allgemeines zu Kurdistan

1. Hüseyin Kartal vom Kurdistan-Institut Berlin: „Zur Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts“
2. Vertreter vom kurdischen Exilparlament: „Über die aktuelle Lage in Kurdistan mit einem Beitrag des Exilparlaments zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes“
3. Friedel Grützmacher (Fraktionsvors. der Grünen, Landtag Rheinland/Pfalz)
4. Prof. Dr. jur. Norman Peach (Hamburg): „Völkerrecht“
5. Hans Brandscheidt (medico international)

II. Zur Situation der kurdischen Minderheit in Deutschland

1. Heiko Kretschmar (JUSO-Bundes-

vorstand): „Kriminalisierung der KurdInnen in der Bundesrepublik Deutschland“

2. Prof. Dr. Franz Hamburger (Mainz): „Notwendige Voraussetzungen für das interkulturelle Zusammenleben“
3. Hans-Otto Wiebus (ehem. Bundesvors. FG Journalistik, IG Medien): „KurdInnen im Medienalltag“
4. Murat Cakir (Vors. AG der Ausländerbeiräte, Hessen): „Situation der EmigrantInnen“
5. Jürgen Korell (Vereinigung Kritische Polizisten): „Über die Arbeit der Polizei in der BRD in Bezug auf KurdInnen“
6. Vertreter von YEK-KOM: „Über die Situation kurdischer Vereine in Deutschland“

Anmeldungen werden bis zum 10. Oktober 1995 erbeten an: Kurdistan Informationszentrum, Mainzer Landstr. 252 HH, 60326 Frankfurt/Main, Tel. 069-734528, Fax: 069-734538

Kurdistan-Solidaritätsgruppen und andere rufen auf:

Demonstration „Für eine politische Lösung in Kurdistan“

Köln, Samstag, 18. November.

(...) Gemeinsam mit der Türkei betreibt die Bundesregierung die politisch-militärische Eskalation gegen die Freiheitsbestrebungen des kurdischen Volkes. Deutsche Waffen werden geliefert, deutsches Geld sichert das Überleben der türkischen Wirtschaft unter den Bedingungen des Bürgerkrieges, deutsche Diplomatie und Einfluß hält der Türkei auf internationaler Ebene den Rücken frei. (...)

Die PKK wird heute von der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im türkisch besetzten Teil Kurdistans als legitime Vertretung ihrer Interessen anerkannt. Ohne die PKK kann es daher keine Lösung für Kurdistan geben. (...)

(...) Die Verbote kurdischer Vereine und Organisationen sind ein Angriff auf das grundsätzliche Recht der Menschen auf politische Organisierung, auf

das Recht der Presse- und Versammlungsfreiheit. (...)

Es gibt Wege für eine Beendigung des Krieges in Kurdistan auf dem Verhandlungsweg. Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK hat ihre Bereitschaft dafür mehrfach geäußert (...)

Stopp der deutschen Waffenlieferungen und der militärisch-logistischen Zusammenarbeit mit dem türkischen Regime!

Aufhebung des Verbots der PKK, ERNK und aller kurdischen Vereine!

Schluß mit der Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland — Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen! Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei!

Anerkennung eines Beobachterstatus für das Kurdistan Parlament im Exil bei den Vereinten Nationen!

Freiheit für Kurdistan, Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf! Hoch die internationale Solidarität!

Busfahrer in Esbjerg gegen Privatisierung

„Stützt die ‚richtigen Busfahrer‘!“ Ein Solidaritäts-Aufruf der IG Medien Hamburg

Wir dokumentieren ein Schreiben des Ortsvereins Hamburg der IG Medien an Mitglieder und andere DGB-Gewerkschaften, das über den hartnäckigen Kampf Esbjergs Busfahrer informiert und zur Solidarität aufruft.

An alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, an alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, an alle Beschäftigten im ÖPNV, an alle Mitglieder der ÖTV und der IG Medien! Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wenden uns heute mit der Bitte an Euch, die entlassenen Busfahrer der kommunalen Verkehrsgesellschaft in Esbjerg/Dänemark in ihren Forderungen und ihrem Kampf zu unterstützen.

Worum geht es?

In Esbjerg findet seit mehr als einem Jahr ein Arbeitskampf statt, der von der hiesigen Presse schlicht ignoriert wird. Etwa 70 Busfahrer kämpfen mit großer Unterstützung aus dem ganzen Land und mit beispielhafter Ausdauer gegen die Privatisierung der kommunalen Verkehrsgesellschaft, gegen die Kürzung ihrer Löhne um ca. 20% und schließlich für ihre Wiedereinstellung als Fahrer.

Die Vorgeschichte

Im Mai 1994 übernahm die private Gesellschaft „RiBus“ den öffentlichen Nahverkehr in Esbjerg. Die kurz zuvor aus einer Wahl hervorgegangene konservative Stadtverwaltung gab dieser Firma den Vorzug vor dem Mitbewerber „Swebus“, einem schwedischen Unternehmen, das zuvor schon die Buslinien in Oslo/Norwegen aufgekauft und dem privaten Profitinteresse zugeführt hatte. Die „RiBus“-Gesellschafter hatten und haben den Vorteil direkter persönlicher und politischer Beziehungen zu Leuten aus der Esbjergs Stadtverwaltung. Sie haben wohl deshalb die Chance gesehen, besonders schnell aus dem kommunalen Busverkehr in Esbjerg ihren Profit rauszuziehen. Entsprechend rücksichtslos gingen sie von Anfang an vor.

Anzumerken ist hier, daß Privatisierung von Kommunal-Einrichtungen zuvor auch schon in anderen, sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden und Städten stattgefunden hat. Jedoch haben sich in der Regel die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften dort auf Vereinbarungen mit den Kommunen eingelassen, in denen ihre Rechte und Ansprüche weitgehend erhalten blieben.

Die RiBus-Gesellschafter zeigten von Anfang an keine Bereitschaft, solche Vereinbarungen zu verhandeln. Zunächst wurden 25 Fahrer entlassen, die durch einen neuen Fahrplan angeblich überflüssig waren. Außerdem sollten für alle anderen die Löhne um rund 20% gesenkt werden. Dieses alles trotz einer Bestandsschutz-Vereinbarung, die zuvor zwischen Stadtverwaltung und der Gewerkschaft „SiD“ für den Fall einer Privatisierung vereinbart war und bis zum 1. April 1995 gelten sollte.

Vier Wochen nach der Privatisierung, am 1. Juni 1994, blockierten die entlassenen Fahrer das Bus-Depot und damit ihre noch nicht entlassenen Kollegen. Diese solidarisierten sich mit ihnen, Busverkehr fand nicht mehr statt. Diese Blockade dauerte einige Tage, bis die Polizei sich einmischte und mehrere scharfe Hunde gegen die Busfahrer einsetzte. Seit dieser Zeit gibt es ein Streik-

komitee der Busfahrer und ein Unterstützungskomitee in Esbjerg. Seitdem gab es immer wieder bei den Aktionen der Busfahrer Übergriffe der Polizei, viele Verletzte vor allem durch Hunde, viele Strafanzeigen und viele Verhaftungen.

Das Arbeitsgericht gab den entlassenen Fahrern am 17. Juni recht und stellte auch fest, daß die Bestandsschutz-Vereinbarungen mit der Stadt Esbjerg Gültigkeit haben, demzufolge die Löhne erst zum April 1995 zur Disposition stehen könnten. Die RiBus-Leitung erkannte dieses Urteil zwar verbal an, in der Praxis verhielt sie sich aber anders. Die Lohnzahlungen insgesamt verzögerten sich, fanden teilweise nicht statt, die Arbeitsbedingungen wurden verschärft.

Im Februar 1995 hatten die Busfahrer die Nase voll und traten in den Streik. Sie verlangten klare Verhältnisse und eine Garantie, daß keine massiven Lohnsenkungen im April 1995 stattfinden würden. Daraufhin entließ die Geschäftsleitung am 27. April 1995 alle Busfahrer.

Ende März versuchte sie dann, mit Hilfe von in ganz Dänemark zusammengesuchten Streikbrechern den Busbetrieb wieder aufzunehmen. Die Fahrer und ihre Unterstützer blockierten daraufhin wieder das Busdepot. Gleichzeitig fanden in Esbjerg und Umgebung mehrere Solidaritätsstreiks statt. Am 6. April wurde die Blockade von der Polizei mit einem verstärkten Hundeeinsatz wieder aufgelöst. Diese Maßnahme löste in mehreren Städten Dänemarks Solidaritätsstreiks von Busfahrern der öffentlichen Verkehrsbetriebe aus.

Der Arbeitskampf in Esbjerg wurde zu einer Sache der ganzen dänischen Gewerkschaftsbewegung, in mehreren Städten bildeten sich Solidaritätskomitees, die u. a. regelmäßig Geld sammeln. Zum 20. April riefen die Vertrauensleute der meisten Gewerkschaften zu einem landesweiten Streik auf, der von mehr als 200.000 Beschäftigten dann auch durchgeführt wurde. Für ein kleines Land wie Dänemark war das fast ein Generalstreik.

Im Juni versuchte die SiD noch einmal, für die Busfahrer ein Verhandlungsergebnis bei der RiBus-Leitung durchzusetzen, währenddessen wurden die Blockade-Aktionen ausgesetzt. Die Kollegen forderten die Rücknahme der unrechtmäßigen Entlassungen und boten einen Kompromiß beim Lohn an: Der Lohn solle in der ursprünglichen Höhe eingefroren werden bis zum Jahre 2000 und dann zusammen mit den angenommenen allgemeinen Lohnsteigerungen der freien Wirtschaft auf gleichen Niveau sein. Aber es half nichts, die Geschäftsleitung ließ sich auf nichts ein.

Seit mehr als einem Jahr also läuft der Konflikt, seit dem Frühjahr versuchen die „richtigen Busfahrer“, oft auch erfolgreich und mit großer Unterstützung, die etwa 25 Streikbrecher an ihrer Tätigkeit zu hindern. Aus Angst, zwangsweise zur Arbeit bei RiBus vermittelt zu werden, haben sich die Fahrer bisher nicht arbeitslos gemeldet. Die Solidaritätsbewegung schafft es seit etlichen Monaten, die Fahrer und ihre Familien durch Spendengelder mit „Darlehen“ in Höhe des dänischen Arbeitslosengeldes zu versorgen. Offiziell können die dänischen Gewerkschaften diesen in den Arbeitsgesetzen und Tarifen nicht vorgesehenen Streik nicht unterstützen, sie werden sonst mit erheblichen Bußgeldern (zahlbar an die Unternehmer) belegt — was auch schon ge-

schehen ist. Dieses Handicap wurde und wird aber überwunden durch die Aktivität und Entschlossenheit der Mitglieder. Auch aus Norwegen bekommen die „richtigen Busfahrer“ Unterstützung, weil die erwähnte Privatisierung in Oslo dort für Alarmstimmung gesorgt hat. Mittlerweile wird der Konflikt von der Polizei verschärft, mehrere Hausdurchsuchungen fanden statt. Einige 100.000 Kronen der Spendengelder wurden den Kollegen und ihren Familien weggenommen. (...)

Was haben wir damit zu tun?

(...) Wir erfuhren von dem Konflikt natürlich nicht aus der deutschen Presse, sondern von Kollegen aus Dänemark, die wir seit einer Auseinandersetzung bei *Berlinske Tidende*, der Tageszeitung aus Kopenhagen, kennen. Einige Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis Kleinbetriebe im Ortsverein Hamburg fuhren im August nach Esbjerg, um sich „vor Ort“ ein Bild zu machen. (...) Wir sind der Ansicht, daß dieser Konflikt in Esbjerg uns alle angeht. Genauso wie seinerzeit in Bischoffsode wird hier versucht, die Belegschaft eines kleinen Betriebes an die Wand zu drücken, um zu demonstrieren, daß es sich nicht lohnt, sich überhaupt noch zu wehren. Alles das, was zu dem bisherigen relativen Arbeitsfrieden beigetragen hat, soll jetzt in kürzester Zeit abgeschafft werden. Tarife, die immer einen Kompromiß zwischen Unternehmern und Beschäftigten darstellen, sollen nicht mehr gelten, stattdessen wollen die Unternehmer diktieren, für wieviel Lohn und zu welchen Arbeitsbedingungen die Beschäftigten ihre Arbeitskraft verkaufen dürfen.

Das kommt uns bekannt vor. Das ist ein Trend, der grenzenlos ist, das findet hier auch schon statt. Die Unternehmer der Druckindustrie sind im Moment

dabei, jegliche Tarifbindung aufzugeben und damit der Gewerkschaft ihren Wirkungsboden zu entziehen. Sie nehmen dabei offenbar das Risiko in Kauf, auch den sozialen Frieden zu zerstören.

Der Kampf der Busfahrer in Esbjerg ist für uns ein Beispiel dafür, wie Widerstand dagegen organisiert werden kann.

Wir fordern Euch deshalb auf:

— Unterstützt die „richtigen Busfahrer“ in Esbjerg!
— Spenden auf das unten angegebene Solidaritätskonto! (...)

— Sorgt in Euren betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien dafür, daß die gewerkschaftliche Presse über diesen Konflikt berichtet, wenn es schon nicht die bürgerliche Presse macht!

— Diskutiert die Fragen, die als Folge von Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs entstehen!

Spendenkonto: Hans-Jürgen Peters, Girobank Esbjerg, Reg.-Nr. 1651, Kto-Nr. 5517575.

Adressen für Solidaritätsschreiben etc.: Stüttekomitee in Esbjerg, Barakken, Fynsgaade 57, DK-6700 Esbjerg; Specialarbejderforbundet SiD, c/o Tony Skarup, Storegade 52

Dem Ortsverein Hamburg der IG Medien liegen die von den Streikenden selbst herausgegebenen Veröffentlichungen vor, ebenso Ausschnitte von dänischen Presseveröffentlichungen. Weiterhin ein Video (90 min.) mit der Dokumentation der Polizei- und Hundeeingriffe auf die Blockierer. Diese Dokumentation wurde „Amnesty International“ in London zur Begutachtung vorgelegt. Die Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg haben einen Reisebericht geschrieben, der, wie alle genannten Materialien auch, Interessierten in Kopie zur Verfügung steht.

Im Auftrag des Ortsvereinsvorstandes: Lothar Degen (Dokumentation eines Schreibens)



PDS solidarisch

Die TeilnehmerInnen der 3. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 16./17. September 1995 erklären sich solidarisch mit den kämpfenden Busfahrern im dänischen Esbjerg.

Ihr Kampf gegen die mit der Privatisierung verbundene Tarifabsenkung hat schon in Dänemark Zeichen gesetzt. Gleichwohl steht der Erfolg noch aus.

Die für Dänemark bisher beispiellosen Polizeieinsätze gegen die Streikenden machen auf die Bedeutung des Ausgangs dieses Kampfes aufmerksam. Hier geht es nicht mehr nur gegen Wirtschaftsliberale oder Konservative vor Ort, sondern darum, ob der von nahezu allen Regierungen betriebene und mit

massivem Sozialabbau verbundene Privatisierungsprozeß weiter so ohne namhaften Widerstand durchgesetzt werden kann oder nicht.

Deshalb ist Solidarität über Grenzen hinweg nötig. Wir fordern die ÖTV und die anderen Transportarbeitergewerkschaften auf, sich aktiv in die Solidaritätsbewegung mit den Busfahrern in Esbjerg einzubringen. Die gleiche Forderung stellen wir an alle linken Parteien und Bewegungen in Europa.

Den Deregulierungsfanatikern, den Privatisierungsfetischisten und Sozialabbauern kann nur das gemeinsame Handeln der Gewerkschaften und linken Kräfte Europas Einhalt gebieten.

(Erklärung der 3. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 16./17. 9. in Berlin)

Österreich**Kampf um Neutralität**

Die Verpflichtung Österreichs zur Neutralität, völkerrechtlich verbindlich durch den Staatsvertrag vom 15.5.1955 geregelt, ist, die Einbindung Österreichs in die Nato-Intervention in den jugoslawischen Zerteilungskrieg macht das deutlich, bereits stark unterlaufen und droht im Rahmen der österreichischen EU-Mitgliedschaft vollends beseitigt zu werden. Dagegen rührt sich Widerstand. Wir dokumentieren Aktivitäten der antimilitaristischen Opposition: ein Rundschreiben und einen Aufruf.

Liebe FreundInnen, der Aufruf *Neutralität 96* wurde bereits im Frühjahr bei einer bundesweiten Konferenz in Linz von EU-KritikerInnen und Neutralitätsbefürwortern beschlossen.

1996 wird ein Entscheidungsjahr für die österreichische Neutralität werden. Bei der EU-Regierungskonferenz 1996 wird die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Zentrum stehen. Es zeichnet sich eine klare Orientierung ab: Integration der WEU in die EU, Umwandlung der EU selbst in ein Militärbündnis. Entwicklung einer EU-Militärdoktrin, die Militäreinsätze rund um den Globus vorsieht — selbstverständlich nur im Namen des Friedens (für den dann manchmal Synonyme wie: Sicherung der Rohstoffquellen, Absatzmärkte und des geostrategischen Einflusses verwendet werden können). Nicht zufällig erhöht sich deshalb auch in Österreich das Trommelfeuer derjenigen Kräfte, die die Neutralität möglichst schnell entsorgen wollen, um den Weg für den Beitritt zu NATO und WEU aufzumachen.

Der Aufruf *Neutralität 96* ist eine Chance, der Bevölkerungsmehrheit, die nach wie vor hinter der Neutralität steht, politisches Gewicht zu verschaffen. Sammeln wir daher möglichst viele Unterschriften bis zur EU-Regierungskonferenz!

Im folgenden ist der Text abgedruckt.

Unterschriftenlisten können bestellt werden bei: Gruppe für ein neutrales Österreich, c/o Friedenswerkstatt Linz, Dinghoferstr. 27, 4020 Linz, Tel. 0732 / 77 1094.

**Aufruf:
Neutralität 96**

Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, an der immerwährenden Neutralität festzuhalten und eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben. Aktive Neutralitätspolitik bedeutet, sich für internationale Konfliktvermeidung zu engagieren, zwischen Konfliktparteien zu vermitteln und sich für die weltweite Abrüstung einzusetzen.

Wir verlangen von der österreichischen Bundesregierung, daß sie bei der Konferenz der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 1996 keinen Maßnahmen zustimmt, die der immerwährenden Neutralität und dem Staatsvertrag von Wien zuwiderlaufen. Ein Beitritt zu den Militärblöcken WEU und NATO ist mit der immerwährenden Neutralität unvereinbar.

(Quelle: CL-Netz)

**Massaker im
Gefängnis von Buca!**

Am 22.9. wurden erste Berichte über ein neues Massaker der türkischen Sicherheitskräfte an kurdischen politischen Gefangenen im Gefängnis von Buca bekannt. Diese ersten Informationen wurden später von ai präzisiert. Inzwischen soll die Zahl der Getöteten auf acht und die Zahl der Verletzten auf 65 gestiegen sein. — Wir dokumentieren den ersten ai-Bericht.

Türkei: getötet: Yusuf Bag; Ugur Sariaslan; Turan Kiliç; Mesut Avcı.

Inhaftiert: Naciye Koç, Krankenschwester; Dervis Altun, Sekretär des Menschenrechtsvereins in Izmir; Can Ercan; İrfan Güler, Rechtsanwalt; İbrahim Ergün, Rechtsanwalt; Frau Gül Kireçkaya, Rechtsanwältin; Frau Sengül Gültekin, Rechtsanwältin; Ercan Demir, Vorstandsmitglied einer Anwaltsvereinigung; Fehmi Çam; Sevgi Binbir und weitere Personen.

In Izmir im Westen der Türkei sind vier Häftlinge getötet worden, als Gendarmen in den Gefängnisstrakt 6 der Haftanstalt Buca eindrangen. Mindestens 38 weitere Häftlinge wurden schwer verletzt. amnesty international befürchtet, daß es noch weitere Tote oder Verletzte geben könnte, da die Sicherheitskräfte sich darauf vorbereiten, auch in die Abschnitte 1, 3, 4, 5 und 7 einzudringen, wo sich schätzungsweise 200 Gefangene verbarrikadiert haben. Anwälte, Familienangehörige der Häftlinge und Vertreter von Gesundheitsorganisationen und Menschenrechtsgruppen, die sich vor dem örtlichen Krankenhaus nach Einzelheiten erkundigen wollten, sind von Angehörigen der Sicherheitskräfte schwer geschlagen worden. 60 Personen wurden festgenommen und befinden sich nach amnesty international vorliegenden Informationen in der Polizeizentrale von Izmir in Haft.

Die Vorgehensweise der Gendarmen folgte auf den Protest hungerstreikender Häftlinge, die sich gegen die brutalen Haftbedingungen wandten und sich an drei aufeinanderfolgenden Tagen geweigert hatten, bei den Häftlingsappellen aus den Zellen zu treten. Daraufhin wurde am 21. September 1995 eine

aus Gendarmen und Angehörigen einer Sondereinheit (die für den Nahkampf im Südosten der Türkei ausgebildet ist und dort für zahlreiche Menschenrechtsverstöße verantwortlich gewesen sein soll) bestehende Truppe in das Gefängnis gesandt. Die Truppe drang gewaltsam in den Gefängnisstrakt 6 ein. Dabei wurden vier Häftlinge getötet. Bislang steht nicht fest, ob sie an den Folgen der in einem geschlossenen Raum explodierten Tränengasbomben oder durch Schläge starben.

Mindestens 38 weitere Gefangene wurden schwer verletzt.

Am 22. September 1995 wurden Autopsien der vier Leichen durchgeführt. Danach wurden sie in die Heimorte der Getöteten gebracht. Die Ergebnisse der Autopsien sind bislang weder den Familien noch den Anwälten mitgeteilt worden.

Anwälte, Familienangehörige der Häftlinge und Vertreter von Gesundheitsorganisationen und Menschenrechtsgruppen, denen der Zutritt zum Gefängnis und Informationen von offizieller Seite verweigert wurden, wollten sich vor dem örtlichen Krankenhaus nach Einzelheiten über die Toten und Verletzten erkundigen. Dort wurden sie von Sicherheitskräften angegriffen. Ein Zeuge sagte gegenüber amnesty international: „Ich sah, wie die Rechtsanwälte İrfan Güler, Frau Gül Kireçkaya und Frau Sengül Gültekin festgenommen wurden. Sie hatten sich gegen Angehörige der Einsatztruppe der Polizei gewandt, die auf die Leute einschlugen. Gül Kireçkaya sagte: ‚Ihr habt kein Recht, die Leute zu schlagen. Ich mische mich ein, weil ich Anwältin bin.‘ İrfan Güler wurde von rund acht Polizisten angegriffen. Er blutete, als sie ihn im Auto mitnahmen. Gül Kireçkaya und Sengül Gültekin wurden an den Haaren fortgezerrt und mit Knüppeln geschlagen.“

Hintergrundinformationen

Im Hochsicherheitsgefängnis Buca in Izmir sitzen vor allem politische Gefan-



gene ein. Aufgrund der harten und teilweise brutalen Vorgehensweise der Gefängnisleitung kommt es immer wieder zu Hungerstreiks und Häftlingsprotesten, mit denen die Gefangenen bessere Haftbedingungen und ein Ende der Mißhandlungen und Folterungen fordern.

In den Gefängnissen der Türkei ist die gesundheitliche Versorgung ein schwerwiegendes Problem. Berichten zufolge ist die medizinische Versorgung im Gefängnis Buca nicht ausreichend. Dies läßt sich offensichtlich zumindest teilweise darauf zurückführen, daß die Gefängnisbehörden sich weigern, Häftlingen, die medizinische Versorgung benötigen, umgehend den Besuch beim medizinischen Personal der Haftanstalt zu gewähren. Im April 1995 starb ein Häftling im Gefängnis Buca, weil die Gefängnisbehörden nicht dafür gesorgt hatten, daß er rechtzeitig medizinisch versorgt wurde.

Nachdem am 20. Juli 1995 vier Häftlinge aus dem Gefängnis geflohen waren, hatten sich 20 Insassen der Haftanstalt geweigert, ihre Schuhe durchsuchen zu lassen, als man sie zum Gericht bringen wollte. Sie wurden daraufhin auf dem Weg zum Staatssicherheitsgericht von Izmir schwer geschlagen. Einige der Gefangenen wurden bewusstlos in das Gerichtsgebäude gebracht, andere bluteten aus Mund und Nase, so daß die Anhörung verschoben werden mußte. Obwohl einer der Gefangenen zehn Rippen gebrochen hatte, ein weiterer zwei Wirbelfrakturen und ein dritter wahrscheinlich einen Leberriß davongetragen hatte, wurden nur einige der Verletzten mit erheblicher Verspätung in ein Krankenhaus gebracht.

**Guinea-Bissau — Afrika pur,
bei Ebbe und Flut****Ein Reisebericht**

Guinea-Bissau? Wer weiß schon genau, wo Guinea-Bissau liegt? Es gibt immerhin gleich drei Guineas in Afrika. Wer soll sich da schon groß auskennen? Schlagzeilen, besondere Vorkommnisse? Fehlanzeige!

Das Land ist seit dem 24. September 1973 unabhängig von Portugal. Das war unmittelbar nach der Nelkenrevolution im kolonialen Mutterland, und seitdem scheint sich nichts Erwähnenswertes mehr dort ereignet haben. Die Oberfläche beträgt gerade mal etwas über sechshunderttausend Kilometer im Quadrat, und fragt man Einheimische nach der Größe des Landes, so erhält man nicht selten die Gegenfrage: bei Ebbe oder Flut?

Es gibt nicht viele Möglichkeiten, in ein solch unbekanntes und unbedeutendes, kleines westafrikanisches Land zu reisen, das mal gerade etwas über eine

Million Einwohner hat. Man kann mit dem Flugzeug über Paris oder Lissabon einfliegen, oder man kommt per Schiff, als Seemann und damit mehr aus Zufall in dieses Land.

Unser Schiff war im April 95 verchartert für eine portugiesische Linie, und man hatte uns beladen mit Zement, Containern, etwas Stückgut und einer Handvoll ziemlich gebrauchter Kleinlasten. Bereits hinter uns lag der Hafen von Sao Vicente auf den Kapverdischen Inseln, gut drei Seetage getrennt von Guinea-Bissau und mit diesem Land durch eine gemeinsame Kolonialgeschichte und den gemeinsamen Kampf dagegen verbunden. Beide Länder wurden in die Unabhängigkeit geführt von der Partido Africano da Independência de Guinea e Cabo Verde, kurz PAIGC. Inzwischen gab es in beiden Ländern einen Machtwechsel, der aller-

dings nicht viel verändert hat. Ein armes rückständiges Land ohne besonderen Ressourcen bleibt vor allem arm und rückständig, ganz unabhängig vom Ausgang des Kalten Krieges. Die grundsätzlichen Probleme, die es zu lösen gilt, haben sich seit Urzeiten nicht geändert, und man wird den Eindruck nicht los, hier weiß man auch ohne ausländische Berater, wo es längs geht.

Ich hatte mich zur Ansteuerung der seichten Küste mit den vielen flachen Inseln zum Sonnenaufgang entschlossen. Das Studium der Seekarte und der vorliegenden Seehandbücher war wenig ergiebig. Aber aussagekräftig genug zwischen den Zeilen. Da vertraut man schon eher den Aussagen von Kollegen. Aber auch der letzte, den man traf, der Lotse beim Auslaufen in Lissab-

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 6

bon, war schon lange nicht mehr dort gewesen. Es gab also bei der Flußmündung keinen Lotsen, oder man mußte ihn zweundsiebzig Stunden vorher ordern. Ob er allerdings dann rechtzeitig zur Stelle war, wollte niemand versichern. Der Chartervertrag forderte, daß Schiff und Kapitän in der Lage sein müßten, auch ohne Beratung oder Fahrwassermarkierungen in ein unbekanntes Gewässer zu steuern.

Gut, die Wassertiefe schien mehr als ausreichend für die mehr als achtstündige Flußfahrt aufwärts nach Bissau, Hauptstadt und Haupthafen des Landes. Es gab nicht wenige eingezeichnete Untiefen, über deren genauen Verlauf ich mir keine Illusionen machte, und jede Menge eingezeichneter Wracks. Leuchtfeuer, Landmarken und Betonung des Fahrwassers wollten wir anhand unseres GPS-Gerätes auf ihren genauen Standort überprüfen, immerhin mußten wir auch irgendwann mal den ganzen Weg retour steuern. Das ist ganz einfach ein Prinzip guter Seemannschaft, mit modernen Navigationsgeräten so umzugehen, daß man sie jederzeit mit traditionellen Methoden überprüft und ersetzen kann. Mit übermäßigem Schiffsverkehr war nicht zu rechnen.

Zeitreise in die Vergangenheit

Schmuddelig-braun gefärbtes Wasser verriet, daß man sich auf dem breiten Geba-Strom befand. Weit entfernt sah man flache, bewaldete Küstenstreifen. Das war noch lange kein Festland, sondern die Inseln des Archipelago dos Bijagos. Vereinzelt begegnete man kleinen Fischtrawlern. Seitdem die mächtige sowjetische Fischfangflotte abgezogen ist, haben Portugiesen, Italiener und vor allem Taiwan-Chinesen Fanglizenzen erworben. Eine Kontrolle ist praktisch nicht möglich. Haben vorher hochtechnisierte sowjetische Spezialfangflotten geplündert, tun dies jetzt abenteuerliche Rosteimer aus allen möglichen, vor allem asiatischen Ländern. Das Resultat ist dasselbe. Unkontrollierte Plünderung des westafrikanischen Fischreichtums von Nichtanliegern. Nicht nur in Guinea-Bissau.

Wir hatten auflaufendes Wasser, das hieß, unsere Ansteuerungszeit verkürzte sich erheblich, und gegen Mittag kamen die ersten Häuser in Sicht. Es häuften sich auch gestrandete Fluß- und Seefahrzeuge, die irgendwann, aufgrund von Maschinenschäden oder mangelhafter Navigation, abgetrieben waren und nun mangels Bergungsgerät langsam, aber unaufhaltsam Stück für Stück im Uferschlamm versickerten. Auf dem Strom fuhren Einbäume überladen mit Menschen und Ladung, angetrieben durch Segel oder Muskelkraft.

Bis auf einige wenige Seeschiffe, das moderne Flutlichtstadion an Land und sehr wenige andere halbwegs moderne Dinge war dies eine Zeitreise in die Vergangenheit. Den ersten portugiesischen Seefahrern, die diese Küste erkundeten, kann sich kaum ein anderer Anblick geboten haben. Diese Welt hat sich wohl zu keiner Zeit dem Betrachter so vollkommen verschiedenartig dargeboten wie heutzutage. An den Ufern des Geba wimmelte es von Menschen, die ihre täglichen Geschäfte so erledigten wie seit Tausenden von Jahren, mit fast unveränderten Methoden. Und man dachte an die modernen Häfen, die man hinter sich gelassen hat. Computergesteuerte Terminals, die so ganz ohne Menschen auszukommen scheinen. Oder genauer, man sieht sie nicht mehr. Auch nicht an Bord der modernen Containerriesen, der Tanker, Massengutgiganten, mit denen die gewaltigen Wa-

renströme über die Weltmeere bewältigt werden. Heute meistens bemannt und gesteuert von einem neuen seefahrenden Proletariat aus Ländern, die kaum über dem Entwicklungsniveau Guinea-Bissaus stehen.

Was in Afrika länger stehenbleibt und funktioniert, ist alt, einfach und bewährt. Alles dagegen, was keine zehn, zwanzig Jahre alt ist, verrottet schnell und geht kaputt. Das gilt für Fahrzeuge, Gebäude und tägliche Gebrauchsgegenstände. Die jahrhundertealten Wehranlagen und alten Kolonialgebäude der Portugiesen grüßen etwas verwitert, aber durchaus funktionstüchtig von den Ufern. Alles, was noch aus der Entfernung als modern eingestuft werden konnte, entpuppt sich beim Näherkommen als weitgehend unbrauchbar.

Genauso wenig, wie die Gesellschaftsmodelle der modernen Welt hier im tiefsten Afrika je funktionierten, machen hier andere importierte Dinge einen besonderen Sinn. Doch das kostbarste Gut der modernen Welt war hier noch im Überfluß vorhanden: Zeit! Wir waren bereit zum Anlegen, aber nicht Bissau. Ich drehte das Schiff gegen den Strom vor den zwei Anlegestegen, keine Information von Land, wo der vorgesehene Liegeplatz sein sollte. Es war auch noch kein ausreichender Platz für unser Schiff erkennbar. Ein großer, alter Bulkcarrier löschte Reis in Säcken mit seinen eigenen Kränen direkt auf LKWs an einer der Piers. Der allein blockierte schon fast die meiste Länge des Anlegers. Den Rest benutzten diverse verrostete Fischdampfer, um ihren Fang an Land zu geben. Und alles wurde belagert von Einbäumen und allerlei kleinen Flußkähnen. An den Anlegestegen, einen Hafen in herkömmlicher Weise gibt es nicht, wimmelte es von Menschen.

Nach zwei Stunden des Manövrierens mit dem Schiff auf der Stelle kam der Dicke George an Bord. Der einzige Lotse des Landes, der über kein eigenes Lotsenboot verfügt und immer warten muß, bis ihn jemand übersetzt. Auch er hat alle Zeit der Welt und brachte seinen Nachfolgeaspiranten mit. Der wird mal seine Exklusivrechte erben. George sagte, wo man anlegen sollte, man räumte uns ausreichenden Platz an dem Anleger ein, und schon hatten wir das Schiff Längsseite gebracht. Dann wurde einklariert. Es kamen mindestens zwanzig Mann an Bord, um die Formularitäten zu regeln. Man kassierte die Schiffspapiere und alle Pässe. Alle bekamen ihren Obolus, Schnaps und Zigaretten, und dann passierte erstmal nichts mehr an diesem Einlauftag.

In den nächsten Tagen ergab sich so genug Zeit, sich die Beine an Land zu vertreten. Auch wir löschten die Ladung mit unseren eigenen Bordkränen auf LKWs, die direkt über den Steg an die Bordwand fuhren. Über eigene Umschlaganlagen verfügt der Hafen nicht. Noch bevor wir unsere komplette Ladung gelöscht hatten, traten die Hafenarbeiter in einen unbefristeten Streik.

Inzwischen hatten wir Bissau und die nähere Umgebung erkundet und erste Bekanntschaften mit Einheimischen und zugereisten Europäern geschlossen. In der direkten Nähe zum Strom und dem Hafen befindet sich das alte portugiesische Kolonialviertel. Das wirkt auf einen Europäer durchaus etwas wie eine Filmkulisse. So hat man sich afrikanische Städte schon als kleiner Junge immer vorgestellt, mit seinen verwiterten zweigeschossigen Häusern, überdachten Rundumbalkonen, die vor den tropischen Regengüssen schützen. Irgendwo ratterte immer ein Dieselaggregat. Wie in vielen Ländern der Dritten Welt kann eine ununterbrochene Stromversorgung nicht gewährleistet werden. Auch im Gebäude unserer Agentur hatte man so eine Maschine. Sie stand in

einem überdachten Hinterhof, rund um die Uhr von einem Mechaniker betreut. Der auch dort zu wohnen schien. Zusammen mit einer Herde Hühner, die durch den reichlich austropfenden Dieseldieselfkraftstoff stapften. Ein offenes Feuerchen unterhielt der Leichtsinnsbruder auch noch, um sich bei Bedarf gleich ein Tier seines Lebendproviantes zu rösten. An der Tür zu seinem Refugium stand in portugiesisch sowas wie: Offenes Feuer und Licht verboten!

Es ist friedlich im Land

Mag sein, dieses Land paßt nicht so ganz in westliche Maßstäbe, sowenig wie seine einst eher sozialistische Ausrichtung der des real existierenden Sozialismus entsprochen haben mag. Dafür kann man in der kleinen Hauptstadt frei an Präsidentenpalast, Ministerien und ausländischen Botschaften vorbeifahren, unbehelligt von Wachmannschaften oder Absperrungen. Es ist friedlich im Land. Das ist nicht selbstverständlich in Afrika, gerade Westafrika. In den meisten Häfen des Kontinents vermeiden Seeleute heute Solo-Spaziergänge an Land, ganz egal zu welcher Tageszeit. Man berichtete mir, daß sich allerdings ausländische Banden die mangelhafte Polizeiüberwachung gerade an den Grenzen zunutze machen. Auch dies soll sich noch weit unter westafrikanischem Niveau abspielen, aber es häufen sich Zwischenfälle mit Drogenschmugglern und anderem Gesindel.

Belästigungen und Bettelei von den üblichen Gestalten, die man weltweit überall dort in großer Konzentration antrifft, wo ganz einfach unterschiedliche Kulturen aufeinanderprallen, armes Gastland und angeblich reicher Besucher, sind eher die Ausnahmen. Erfahrungsgemäß müßte sich dafür aber auch erst sowas wie die typische Touristenkultur etabliert haben.

Es sind wieder mehr Ausländer im Land. Die meisten Portugiesen, und davon die meisten geboren und aufgewachsen in den ehemaligen Kolonien. Die wenigsten hatten je Fuß gefaßt in Portugal und wurden dort auch nicht gerade gerne aufgenommen. Nun kommen sie langsam wieder, immer noch privilegiert durch Abstammung und Ausbildung, aber nicht ungern gesehen. Trotz oder gerade durch die gemeinsam erlebten Befreiungskriege.

Ein paar Franzosen und im ganzen weit deutsche Originale treffe ich an. Sambuja nennen sie den einen, ein gut zwei Meter langer Abenteurer. Er führt vor allem französische Jagdtouristen durch das Land. Kleine Gruppen, allem Anschein nach mit zuviel Geld. Bewaffnet mit High-Tech-Angeln oder Spezialgewehren, fahren sie auf kleinen Motorbooten in die Gewässer um die vorgelagerten Inseln oder flußaufwärts, um irgendwelche exotischen Land- oder Seetiere zu erledigen. Alles Spinner! nennt sie der Jagdführer wider Willen, Sambuja, abfällig. Wer lange in den Tropen lebt, bekommt andere Maßstäbe! Zeit und Geld werden vielleicht weniger wichtig, wie das auf den ersten Eindruck aussehen mag.

Der andere Landsmann sagte, er ist Architekt und bereits seit Urzeiten im Land. Er kennt wirklich jeden und ist voller Lob für die verbliebenen kubanischen Ärzte. Die haben ihn, abgestürzt nach einem offiziellen Besäufnis mit irgendwelchen Honoratioren, in einer tiefen Grube und der Länge nach aufgespießt auf einen senkrecht aufgestellten Baustahlträger, wieder zusammengeflickt. Natürlich mit Urwald-Methoden, praktisch ohne Narkose und mit Medikamenten, die in der Zivilisation längst verboten sind. Aber er lebt, und ein Wohlstandsmediziner hätte ihn

wohl unter diesen ortsüblichen Bedingungen nicht mehr hinbekommen.

Man sieht keine Elendsquartiere

Als der Streik nach fünf Tagen zu Ende ist, wird noch lange nicht weitergearbeitet. Das Problem lag mehr darin, daß man einem staatlichen Hafenarbeiter kaum mehr als Eine Mark Fünfzig den Arbeitstag bezahlen kann. Aber womit sonst als mit mehr Lohn kann man Lohnarbeit attraktiv machen?

Doch Lohnarbeit bleibt unattraktiv in einer Gesellschaft, die zum allergrößten Teil ohnehin direkt selbst erzeugt, was sie benötigt. Es gibt praktisch keine Mietshäuser in dieser kleinen, überschaubaren Hauptstadt. Wer ein Haus braucht, baut es sich aus selbstgebrannten Ziegeln, und wer Hunger hat, pflanzt sich an, was er essen will, oder hält sich halt ein paar Hühner, Schweine oder Kühe. Die laufen auch tatsächlich überall rum, und in den Straßen wimmelt es von Menschen, die alle irgendwie beschäftigt sind mit ihren Tagesaufgaben. Überall wird gehandelt, irgendwas hin- und hergeschleppt oder repariert oder auseinandergenommen. Man sieht keine Elendsquartiere mit herumlungern den Lumpengestalten, obwohl man bestimmt nicht von europäischen Wohn- und Lebensqualitäten sprechen kann.

Man zeigte mir ausgedehnte Reisfelder, die nicht mehr den Ertrag liefern, um das Land damit ausreichend zu versorgen. Der Reis war sogar einst ein Hauptexportgut, neben Kaschunüssen. Daher liegt heute ständig ein Frachter mit Reis aus Übersee an der Pier. Mag sein, daß es an einer schlampigen und unfähigen Administration liegt, aber vielleicht sind auch nur die Weltmarktpreise schuld? Man fragt sich, was soll so ein Land, das sich selbst fast genug ist, mit einer offenen Weltwirtschaft?

Und man vergleicht das Ganze mit Nigeria, Zaire, was haben die Menschen dort je vom ganzen Rohstoffreichtum gehabt? Und in welchem bedauernswerten Zustand befinden sich die Länder heute?

Kurz vor dem Auslaufen bewirtete ich noch an Bord den portugiesischen Ablader, der selbst in Mozambique geboren wurde. Er stellte mir seinen Freund vor, einen Berater des derzeitigen Präsidenten. Ein großer Mann, Bart und Haar eisgrau. Geboren auf den Kapverdischen Inseln. Ein führender Genosse der PAIGC, der viel mehr Sprachen fließend sprach als wir alle zusammen. Voller Stolz erklärte mir der ehemalige portugiesische Kolonialist daraufhin, sein Freund, das sei ein wahrer Held des Befreiungskampfes. Das mit dem Helden wollte der so Genannte so nicht gelten lassen. Ja, teilgenommen hatte er, wie viele andere auch. Wie der Portugiese aber hinzufügte, nicht ganz wie alle anderen, denn er hatte achtausend Guerilleros im Unabhängigkeitskampf kommandiert. Danach hatte er ungezählt oft Ministerämter für sein Land ausgeübt. Erst etwas später zeigte er doch bescheidenen Stolz über die großen Anlegesteg, die unter seiner Administration als Transportminister errichtet wurden. Und er erzählte mir, daß alle seine Vorfahren Seefahrer waren, wie viele Kaboverden, und nur er aus der Reihe geriet, weil er Befreiungskämpfer wurde. Ich sagte ihm augenzwinkernd, daß er sich aber deshalb nicht unbedingt zu schämen hätte. Well, sagt er zum Abschied, Kapitän, es würde mich freuen, Dich nochmal hier zu sehen! Man wird sehen...

— (gal, im September 1995)

(Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.)

Gegen das Studien-Zentrum in Weikersheim

Das ist hier die größte Demonstration seit dem Bauernkrieg“, sagte ein Weikersheimer beim Anblick der 1200 Menschen, die am Sonntag, dem 24. September in Weikersheim demonstrierten.

Den größten Block bildeten autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten; Mitglieder der VVN, der IG Metall, der ÖTV, der IG Medien waren dabei; und eine weitere große Gruppe bildeten Menschen aus Weikersheim und Umgebung.

Wir dokumentieren kurze Abschnitte aus den Reden (die von Werner Pfennig, Mitglied im Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Medien, lag bei Produktionsbeginn leider noch nicht vor). — (ulk)

Gruppe A2

Das Studienzentrum ist in die Defensive geraten. Es sah sich gezwungen, sich hier in Weikersheim den Fragen der Bevölkerung zu stellen, und wie uns berichtet wurde, wurden die richtigen Fragen gestellt. Der Knoten zwischen Konservatismus und Faschismus ist zerpfückt worden, aber noch nicht zerschlagen.

Die Mitglieder und die Gäste des Studienzentrums eint ihr Nationalismus, ihr Militarismus, ihr Sexismus, ihr Glaube an die gottgewollte Ordnung der Welt und die von Gott gewollte Autorität des Staates. Sicher, die parlamentarische Ordnung wird von den Konservativen aus den Reihen der CDU — noch — nicht ausgespielt gegen die Diktatur — jedenfalls nicht, wenn es um die BRD geht.

Schon 1986 diskutierte das Studienzentrum über das Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht. Die Herren gaben der Wehrmacht einen Persilschein, verklärten den Überfall auf die Sowjetunion als Präventivkrieg.

Heute ist es möglich, daß die Bundeswehr ausgerechnet am 1. September, am Antikriegstag, ihren ersten offiziellen Einsatz im Krieg in Jugoslawien fliegt.

Wir wollen diese Lehren nicht vergessen. Und gerade deshalb bedeutet für uns Antifaschismus mehr als der Kampf gegen Nazis. Antifaschismus ist auch ein Kampf gegen die autoritären

und rassistischen Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft, ein Kampf gegen Ausbeutung und die Macht der Konzerne, ein Kampf gegen Militarismus und Krieg, ein Kampf gegen die Ursprünge des Faschismus. Mit den Worten des Schwures von Buchenwald: „Die Vernichtung des Faschismus mit seinen



Wurzeln ist unsere Losung. Eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!“

Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation

Was also setzen wir dieser Neuen Rechten entgegen, ihrem biologistischen Menschenbild, ihrem Rassismus, ihrem Antikommunismus, Antisemitismus und Anti-Antifaschismus? Wir — und mit uns die gesamte BRD-Linke — sind momentan weit davon entfernt, den derzeitigen Durchmarsch der reaktionären Kräfte verhindern zu können. Da,

wo die Widersprüche am deutlichsten erkannt und durch eine revolutionäre Bewegung angegriffen werden, greift dieser Staat zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse ein. Der konsequente Kampf gegen faschistische Strukturen, gegen Nazis auf der Straße und Nazis in Nadelstreifen, bedeutet für uns die Abwehr einer konkreten Bedrohung von Menschen, die nicht in den Rahmen des von den Herrschenden geschaffenen Idealbildes dieser Gesellschaft passen — seien es Flüchtlinge, Frauen, die etwas anderes wollen als Kinder-Küche-Kirche, Arbeitslose, Behinderte, Alte und Kranke oder Linke. Gerade da, wo von herrschenden Kreisen Rassismus geschürt wird, und da, wo faschistische Kader und Organisationen mit den herrschenden Kreisen zusammenarbeiten — wie hier in Weikersheim — oder von diesen instrumentalisiert werden, ist unser Einsatz dagegen erforderlich.

Anne Rieger, Landessprecherin der VVN/BdA

Deutsche Soldaten wieder auf dem Balkan — deutsche Militärhilfe für die Türkei — der Versuch der Militarisierung deutscher Außenpolitik geht einher mit der nationalistisch gefärbten Standortdebatte der deutschen Wirtschaft und nationalistischen Tönen auf allen Ebenen — Abschiebung von Asylbewerbern in die Verfolgung. Die Verschiebung der Werte nach rechts, zu nationalistischen, chauvinistischen und militarisierten Denkweisen wird in Denkfabriken wie dem Weikersheimer Studienzentrum vorbereitet und in der Gesellschaft etabliert. Diese Brandstifter und Biedermänner, die die Lunte legen, die andere zünden, sind dort zu finden. Seit 16 Jahren wird hier der Versuch gemacht, deutschnationales Gedankengut wieder salonfähig zu ma-

chen. Ziel ist es, ein breites ideologisches Bündnis zwischen diesen neurechten intellektuellen Brandstiftern und seriösen Konservativen aus der Politik und Industrie zu stiften. Dieser Ansatz scheint bisher gelungen. Das zeigt, wer hier als Mitglied gewonnen werden konnte und wer hier schon gesprochen hat.

Haben denn all die Menschen, die dem Studienzentrum die Seriosität ihres Namens leihen, aus der Geschichte gar nichts gelernt?

Soll sich denn gar nichts ändern in Richtung einer aufgeklärten, humanistischen Gesellschaft?

SPD-Ortsverein Weikersheim

Die schwerwiegenden Vorwürfe, die der SPD-Ortsverein in den vergangenen Jahren gegen das Studienzentrum erhoben hat, bleiben bestehen. Nach wie vor gibt es zahlreiche Berührungspunkte zwischen dem Verein des „furchtbaren Juristen“ Filbinger und dem rechtsextremen Umfeld.

Demokratiegefährdende, ausländerfeindliche und geschichtsverfälschende Bestrebungen können dem Studienzentrum eindeutig nachgewiesen werden.

Wir warnen die Bevölkerung insbesondere vor dem Geschäftsführer Dr. Albrecht Jebens, in dem wir die Schlüsselfigur für die Verknüpfungen des Studienzentrums mit dem Rechtsextremismus sehen.

Wir wenden uns aufs schärfste gegen die rufschädigende Verwendung des Namens unserer Stadt durch das Studienzentrum.

Die geplante Demonstration gegen das Studienzentrum am 24. September 1995 kommt ohne unsere Initiative und ohne unser Zutun nach Weikersheim, daher sehen die Weikersheimer Sozialdemokraten keinen Anlaß, sich unter die Mitveranstalter der Demonstration einzureihen.

Darüber hinaus sehen viele Mitglieder eine gewisse Gefahr, daß sich die öffentliche Auseinandersetzung um das Studienzentrum unnötig radikalieren könnte.

Die Mitglieder sind aufgerufen, frei zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich als Weikersheimer Bürger an der Kundgebung beteiligen wollen.

4 500 demonstrierten gegen die offiziellen „Einheitsfeiern“

Düsseldorf. 4500 Menschen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter auf einer Protestdemonstration gegen die gleichzeitig in der Stadt stattfindenden offiziellen „Einheitsfeiern“. Unter dem Motto „Es gibt nichts zu feiern“ wendeten sich die Teilnehmer/innen, darunter die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Rolf Köhne, gegen den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit 50 Jahren, gegen Sozialabbau, menschliche Flüchtlingspolitik, Massenarbeitslosigkeit und wachsenden Nationalismus, gegen deutsche Waffenexporte und die Verschärfung des § 218. Zu der Aktion hatte ein „Bündnis 3. 10.“ aufgerufen, getragen u. a. von antifaschistischen Gruppen, AStEN, der PDS, DKP, JRE und Falken aufgerufen. — (rül)

Sozialistische Alternative erzielt interessantes Ergebnis

Bremerhaven. Bei den Wahlen zur Bezirksvertretung in Bremerhaven ist die DVU wieder mit 3 Sitzen eingezogen und erhielt 2674 Stimmen, daß sind

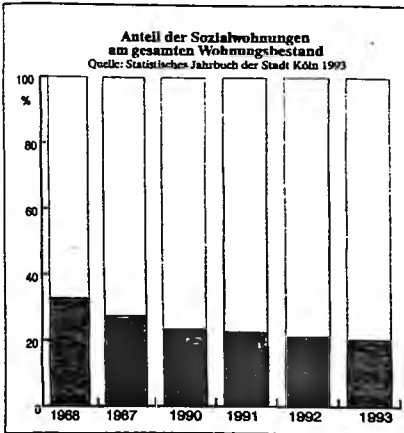
5,7%. Auch wenn die DVU gegenüber der Wahl vor vier Jahren ihr Ergebnis halbierte, verbucht die Nationalzeitung das Ergebnis als Erfolg. Tatsächlich hat sich die DVU mit diesem Ergebnis stabilisieren können.

Die „Sozialistische Alternative“ — Voran erhielt bei dieser Wahl 1078 Stimmen, das sind 2,3%. Dies ist ein überraschend gutes Ergebnis, wenn man bedenkt, daß die PDS bei den Bürgerchaftswahlen 823 Stimmen und nur 1,4% erhielt. Schwerpunkte im Wahlkampf von „Voran“ waren Mieten und Schulpolitik, aber auch Antifaschismus. In einer Wahlauswertung bemerkt die Bremerhavener Gruppe von „Voran“: „Angesichts des katastrophalen SPD-Resultats und der Stagnation der Grünen ist unser Ergebnis auch objektiv der einzige Lichtblick. Während es eine parlamentarische Rechtsverschiebung gegeben hat, sind einige Hundert WählerInnen nach links gegangen.“ — (jöd)

Erfreulicher Freispruch

Norderstedt. Na, da reichte denn am 2. Oktober 1995 vor dem Amtsgericht Norderstedt das Aufgebot an Polizeizeu-





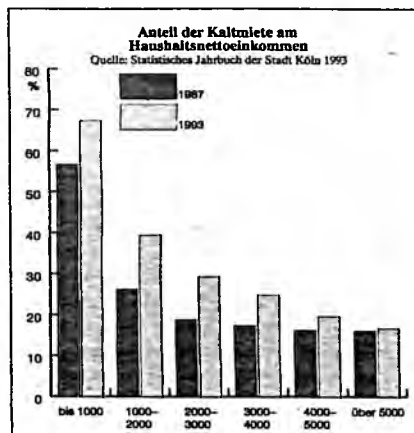
KÖLN

Die Miete frißt das Einkommen auf

Das Programm Wohnungsbau 2000, beschlossen in der vorletzten Legislaturperiode vom Rat der Stadt Köln, soll sicherstellen, daß in Köln ausreichender Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen vorhanden ist.

Nach dem Programm sollen jährlich in Köln 5000 neue Wohnungen entstehen. Dies ist seit 1991 auch knapp erreicht worden. Allerdings steht der Stadtrat mit dem Programm vor zwei Grundschwierigkeiten: durch die Beschränkungen, die die Bundesregierung dem sozialen Wohnungsbau auferlegt hat und durch das Bemühen der im Rat regierenden SPD-Fraktion, das Programm im wesentlichen gestützt auf private Investoren durchzuführen, müssen die Mieten der neugebauten Wohnungen so teuer sein, daß sie den Gewinnerwartungen der Besitzer gerecht werden. Und ein Recht der Stadt, diese Wohnungen auch denjenigen zuzuweisen, die keinen oder ungenügenden Wohnraum haben, besteht nicht. Das Kölner Wohnungsamt hatte im Jahre 1993 gerade für knapp 30000 Wohnungen das Belegungsrecht, das ist weniger als ein Zehntel des gesamten Wohnungsbestandes von 484531 Wohnungen im selben Jahr.

Das Schaubild oben links zeigt, daß der Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand in Köln seit Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich sinkt, und in den letzten Jahren ist auch der absolute Bestand an Sozialwohnungen gesunken. Längst werden



nicht so viele Sozialwohnungen nachgebaut, wie jährlich wegfallen.

Die Mietsteigerungen der letzten Jahre sind ein großes Problem für alle die Menschen, die von niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen leben müssen. Die Miete frißt einen immer größeren Teil des Einkommens, für die anderen notwendigen Lebensmittel bleibt immer weniger. Dies wird auch durch das Wohngeld nicht annähernd gemildert. Das Schaubild oben rechts zeigt, daß Haushalte mit Nettoeinkommen unter 2000 DM mehr als 40 Prozent für Kaltmieten aufbringen müssen. In den niedrigen und durchschnittlichen Einkommensgruppen ist der Anteil der Mietkosten zwischen 1987 und 1993 rasant gestiegen, erst ab 5000,- DM ist kaum eine Steigerung zu verzeichnen. Von Arbeitslosen, Sozialhilfebezieher, Niedriglöhnern bis zu den Facharbeitern und mittleren Angestellten mußten alle Einkommensgruppen in den letzten Jahren einen steigenden Anteil ihres Einkommens für Miete aufbringen. Um wenigstens eine gewisse Erleichterung für niedrige Einkommensgruppen zu schaffen, ist auf allen staatlichen Ebenen schnell eine Änderung der Wohnungspolitik notwendig, die darauf zielt, bezahlbaren, menschenwürdigen Wohnraum verstärkt für die Einwohner zur Verfügung zu stellen. Außerdem muß die Mietsteigerung niedrig gehalten werden, sonst wird Wohnen für noch mehr Menschen ein unbezahlbares Privileg. — (PDS Köln, AK Wohnungspolitik)

BAYERN

Großer Erfolg für Bürgeraktion

Die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern“ hat am 1. Oktober einen klaren Sieg beim Volksentscheid über neue kommunale Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte der Bürgerinnen und Bürger erringen können.

Mit einem Votum von 57,8% der Stimmen konnte der Gesetzentwurf des Volksbegehrens den CSU-Entwurf, der alternativ zur Abstimmung stand und nur 38,7% der Stimmen erhielt, deutlich in die Schranken verweisen. Von insgesamt über 8,7 Mio. Wahlberechtigten beteiligten sich an dieser Abstimmung über 3,2 Mio. Menschen. Nicht nur in den bayerischen Großstädten fiel die Entscheidung zugunsten von „Mehr Demokratie in Bayern“, sondern auch in zahlreichen CSU-Hochburgen setzte sich der Gesetzentwurf des Volksbegehrens durch. Die CSU-Landtagspolitiker haben seit 1951 insgesamt fünfmal Initiativen der Opposition für einen Bürgerentscheid verhindert. 1994 hat die Landtagsfraktion den Gesetzentwurf des Volksbegehrens abgelehnt und im Juli 1995 hat sie einen eigenen Gesetzentwurf beschlossen, um Bürgerentscheide in der Praxis zu verhindern. Alois Glück, Vorsitzender der Landtagsfraktion, sprach von „Schadensbegrenzung“ und wies immer wieder in der öffentlichen Diskussion darauf hin, daß die CSU das Instrument des Bürgerentscheids nicht für notwendig halte. Mit einer Angstkampagne versuchte die CSU noch in den letzten Wochen, den Entwurf des Volksbegehrens zu verunglimpfen. In Briefen an Pfarrämter und Sportvereine wurde argumentiert, daß eine Minderheit eine Mehrheit dominieren würde, wenn das Volksbegehren durchkomme und dann Gelder für soziale Einrichtungen, Sportvereine usw. nicht mehr fließen würden. Tatsächlich sah der Entwurf der Landtags-CSU eine 25%-Klausel vor, die es weder bei Wahlen noch beim landesweiten Volksentscheid gibt. Mit einem Beispiel aus Baden-Württemberg machte die Bürgeraktion „Mehr Demokratie in Bayern“ deutlich, wie diese Regelung zu einer Minderheitenherrschaft führt. Der Reutlinger Stadtrat wollte einen Bunker bauen. Beim Bürgerentscheid 1986 waren 69932 Bürger/innen stimmbe-

rechtigt. Es stimmten 16784 (24%) gegen den Bunker und 2126 (3%) stimmten für den Bunker. Damit war der Bürgerentscheid ungültig und der Bunker wurde für 5 Mio. DM gebaut.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber warnte nach dem Sieg der Bürgeraktion vor der „Gefahr des Mißbrauchs des Bürgerentscheids durch kleine Minderheiten“. Bürger und Kommunen seien nun aufgerufen, dieser Gefahr mit breitem und intensivem Engagement entgegenzuwirken.

Die Änderung der bayerischen Gemeindeordnung, die durch diesen Volksentscheid gegen die CSU durchgesetzt werden konnte und nun von dieser Partei als Bedrohung ihrer Herrschaft geradezu empfunden wird, hat folgenden Wortlaut (Artikel 18a):

„(1) Die Gemeindebürger können über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). (2) Der Gemeinderat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder beschließen, daß über eine Angelegenheit des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet. (3) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem ersten Bürgermeister obliegen, über Fragen der inneren Organisation der Gemeindeverwaltung, über die Rechtsverhältnisse der Gemeinderatsmitglieder, der Bürgermeister und der Gemeindebediensteten und über die Haushaltsatzung.“

Damit konnte immerhin erreicht werden, daß der Themenschluß für einen Bürgerentscheid sich nur auf die Haushaltssatzung bezieht und nicht, wie dies im CSU-Landtagsentwurf als eine der vielen Hürden vorgesehen war auf den Gemeindehaushalt insgesamt, auf Großprojekte, Bauleitpläne und Stellungnahmen zu überregionalen Projekten.

Thomas Mayer, der Vertrauensmann von „Mehr Demokratie in Bayern“, erklärte, daß man nicht nur in den Großstädten, sondern auch auf dem Land teilweise deutlich besser abgeschnitten habe als die CSU. Damit habe Bayern in Sachen Bürgermitbestimmung die Nase vorn. — (dl)

gen, vom Einsatzleiter bis zum Hundeführer, doch nicht aus, einen Demonstranten zu sechs Monaten Freiheitsstrafe zu verurteilen. So lautete der Antrag der Staatsanwaltschaft. Dem Demonstranten war vorgeworfen worden, während einer Demonstration vor dem Abschiebegefängnis Glasmoor am 31. Dezember 1994 unter dem Motto „Knallen gegen Knäste“, einen 10 Kilogramm schweren Betonbrocken auf einen Polizeibeamten geworfen zu haben. Der Beamte hatte sich von zwei Ärzten professionell eine „schmerzhaft Knie-oberschenkelprellung“ attestieren lassen.

Ogbleich zwei Zivil-Polizisten im Zeugenstand beschrieben, wie sie den Demonstranten observiert hatten und am Schluß der Veranstaltung einem Polizei-Hundeführer zur Feststellung der Personalien übergeben wollten, blieb die Beweisführung lückenhaft: Der Polizist, der die Verfolgung aufnahm, hatte den Steinwurf nicht gesehen, und der Polizist, der die Person festnahm, hatte offensichtlich sich wahllos einen Passanten an einer Busstation gegriffen: Alles zu dürrig für eine Verurteilung. Daher ordentlich Beifall im Gerichtssaal durch die UnterstützerInnen, als

der Richter das Urteil „Freispruch“ fällte. — (hel)

Graue Wölfe: Allianz verhindert Distanzierung

Essen. Auf der letzten Sitzung am 5.9.1995 wurde der Ausländerbeirat von der „Liste für die Freiheit der Völker“ aufgefordert, sich von den Zielen der faschistischen MHP (Partei der Nationalen Bewegung) und ihren Tarnorganisationen zu distanzieren. Herr Balaban, der Vorsitzende des Ausländerbeirates von der „Allianz der Essener Türken“, fand es zunächst bedauerlich, daß überhaupt so ein Antrag gestellt worden ist und wollte eine Debatte verhindern. Jedes Mitglied des Ausländerbeirates habe das Recht, zu seinem Antrag Stellung zu nehmen, wurde er von Sozialdezernent Herber zurecht gewiesen.

Trotzdem unterbrach er den Vertreter der „Liste...“ mehrmals, als dieser zirka 4 bis 5 Minuten lang über die MHP, ihre Tarn- und Auslandsorganisationen berichtete. U.a. stellte er die Zusammenarbeit der „Grauen Wölfe“ und der deutschen Faschisten (NPD) dar. Herr Balaban dagegen meinte, daß es sich bei

der MHP um eine legale Partei handle. Wenn es sich um eine verbotene Partei handeln würde, dann müßte sich damit die Staatsanwaltschaft befassen. Außerdem würde die Partei in der BRD gar nicht existieren. Deshalb sei dies keine Angelegenheit der Ausländerbeiräte.

Alle anwesenden Mitglieder der „Allianz“ stimmten für die Nichtbehandlung des Antrages. Interessant: Zwei als liberal geltende Jugendliche von der „Allianz“ waren nicht erschienen, andere meldeten sich ungern. Die „Liste für die Freiheit der Völker“ wird sich weiter gegen die MHP einsetzen und die Öffentlichkeit informieren. — (F.A.)

Demonstration erinnert an den Tod von Günter Sare

Frankfurt. Etwa 300 AntifaschistInnen erinnerten am 28.9. mit einer Kundgebung und Demonstration an den Tod von Günter Sare vor zehn Jahren. Aufgerufen hatten u.a. Antifaschistische Gruppen und die VVN. Günter Sare hatte an einer Protestaktion teilgenommen, die verhindern wollte, daß die NPD im Bürgerhaus Gallus, wo in den 60er Jahren der erste Auschwitzprozeß stattgefunden hatte, eine Versammlung

abhalten konnte. Während die Protestaktion damals von einem breiten Bündnis unterstützt wurde, schützte ein großes Polizeiaufgebot die NPD-Versammlung vor der Demonstration. Günter Sare war von der Polizei regelrecht gejagt worden. Von einem Wasserwerfer verfolgt, geriet er unter dessen Räder und wurde zu Tode zermalmt. Die politische Verantwortung für den Polizeizugriff trug die CDU, die damals die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung innehatte, und der OB Walter Wallmann. Sämtliche Ermittlungsverfahren gegen beteiligte Polizeibeamte wurden später eingestellt oder endeten sogar mit Freispruch.

Die Antifaschistischen Gruppen wollten mit der Demonstration auch gegen die „Normalität des Polizeistaates“ protestieren. Die VVN schreibt in einem Flugblatt: „... Dieser Tod klagt an. Er ist permanente Anklage gegen die Regierungsverantwortlichen, die verfassungsgemäß verpflichtet sind, jegliche neonazistische Aktivitäten zu unterbinden. Stattdessen werden Neonazis immer wider ermutigt, schon allein dadurch, daß Neonazi-Parteien, wie die NPD, DVU, REP u.a. zu Wahlen zugelassen sind...“ — (ola)

Das von der SPD-Alleinregierung in Brandenburg vor Monaten vorgestellte neue „Polizeiaufgabengesetz“ hat bereits bundesweit unangenehmes Aufsehen erregt. Mit seinen exzessiven Polizeivollmachten — ursprünglich bis hin zu einer weitreichenden Legalisierung des polizeilichen „Rettungsschusses“, die aber inzwischen zurückgenommen ist — gilt es als Extrembeispiel sozialdemokratischer Law-and-order-Politik. Inzwischen regt sich in Brandenburg vielfältiger Widerstand gegen den Gesetzentwurf, beraten PDS, Bündnisgrüne und anderen Bürgerrechtsgruppen, wie sie dem Entwurf entgegengetreten. Michael Schumann beschreibt die Kritik der PDS-Fraktion. — (rül)



Eingriff in Grundrechte

Die Diskussion zum Polizeiaufgabengesetz in Brandenburg bezieht sich u. a. auf folgende Punkte:

1. Die Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams von zwei auf vier Tage (§ 20),
2. den großen Lauschangriff (§ 33),
3. den finalen Rettungsschuß,
4. die Abschaffung der Kennzeichnungspflicht.

Zu den in den ersten drei Punkten genannten zusätzlichen Eingriffsmöglichkeiten für die Polizei wird vor allem von den Vertretern des Innenministeriums und aus der Sicht der Polizei zugesichert, daß ein verantwortungsbewußter Umgang mit diesen Regelungen selbstverständlich sei. Umgekehrt ergibt sich daraus, daß eine Nichtgewährung dieser Eingriffsmöglichkeiten sozusagen ein Mißtrauensbeweis gegenüber der Polizei wäre. Mir scheint, daß das eine völlig falsche Herangehensweise ist. Im Vordergrund kann und darf nicht die Frage stehen, wie man der Polizei die Arbeit erleichtern kann, sondern wie man sichern kann, daß Eingriffe in elementare Grundrechte auf ein unumgängliches Maß beschränkt werden. Die gesetzlich geregelte Möglichkeit für die Einschränkung von Grundrechten ist immer auch ein Ansatzpunkt für einen Mißbrauch solcher Eingriffe, ohne daß man diesen zur Regel macht. Unsere Verantwortung als Gesetzgeber im Land Brandenburg besteht deshalb bei diesem sensiblen Gesetz in erster Linie darin, auf die Wahrung der Grundrechte von 2,5 Millionen Brandenburgern zu achten. Haben wir zusätzliche Eingriffsrechte einmal geschaffen, fordern wir die Polizei auch indirekt auf, bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe davon Gebrauch zu machen.

Unterbindungsgewahrsam

Im geltenden brandenburgischen Polizeigesetz ist die Möglichkeit vorgesehen, einen Unterbindungsgewahrsam von bis zu zwei Tagen anzuwenden. Das ist die in den meisten Bundesländern übliche Regelung. Die CDU- bzw. CSU-regierten Länder Sachsen, Bayern und Thüringen haben den Unterbindungsgewahrsam auf 14 bzw. 10 Tage verlängert. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht eine Verlängerung auf 4 Tage vor, orientiert sich also an den genannten Bundesländern. Begründet wird das mit polizeilichen Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit gewalttätigen Demonstrationen Rechts- und Linksradiкаler. Jetzt gibt

es auch ein aktuelles Beispiel, das sich hervorragend anführen läßt: Die Chaostage in Hannover. Allerdings muß man dann auch wissen, daß das Problem in Hannover weniger in der Kürze des Unterbindungsgewahrsams von zwei Tagen bestand, sondern vielmehr darin, daß Richter nicht bereit waren, aufgrund der vorliegenden Anhaltspunkte einer Verlängerung der Ingewahrsamsnahme zuzustimmen. Eine solche Verlängerung ist in Niedersachsen auch möglich. Allerdings bedarf sie der richterlichen Entscheidung aufgrund eines anderen Gesetzes als des Polizeiaufgabengesetzes.

Voraussetzung für die richterlich angeordnete Fortdauer der Freiheitsentziehung über das Ende des Tages nach der Ergreifung hinaus ist nach dem vorliegenden Gesetzentwurf das Bestehen von Anhaltspunkten, daß die betreffende Person bestimmte Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten begehen wird. Dazu gehören auch Straf- und Ordnungswidrigkeitstatbestände des Versammlungsgesetzes. Nach dieser vorgeschlagenen Regelung ist es möglich, daß eine Person, die nach Meinung der Polizei an einer verbotenen Demonstration teilnimmt, auf dem Wege zu einer nicht verbotenen Demonstration zur „Vermummung“ geeignete Gegenstände mitnehmen oder sich nach einer Versammlungsauflösung nicht unverzüglich entfernen will (vgl. § 29 Abs. 1 Nr. 1, 1a und 2 Versammlungsgesetz) bis zu vier Tage in polizeilichen Gewahrsam genommen werden kann.

Wir haben unter mehreren Gesichtspunkten rechtliche Bedenken gegen einen solch schwerwiegenden Grundrechtseingriff wie den tagelangen Polizeigewahrsam. Eine solche Ermächtigung kann durchaus als eine verfassungsrechtlich unzulässige landesrechtliche Umgehung des § 112a StPO gewertet werden, der den dringenden Verdacht einer bereits begangenen schweren Straftat zur Voraussetzung einer Haft wegen Wiederholungsgefahr macht und damit die Eingriffsschwelle wesentlich höher ansetzt als die geplante brandenburgische Regelung. Rechtlich bedenklich scheint mir auch zu sein, inwieweit eine Ausweitung des zeitlichen Rahmens in Verbindung mit einer Lockerung der Eingriffsvoraussetzungen des Polizeigewahrsams mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns vereinbar ist. Die in § 20 fixierten Voraussetzungen lassen es zu, daß Personen wegen ihrer (u. U. unterstellten) Absicht, an einer verbotenen Demonstration teilzunehmen, über mehrere Tage in Polizeigewahr-

Michael Schumann zum Brandenburger Entwurf eines neuen „Polizeiaufgabengesetzes“

sam genommen werden und später das zuständige Verwaltungsgericht die Rechtswidrigkeit des Demonstrationsverbots feststellt.

Die Schwere eines solchen Grundrechtseingriffs aufgrund einer Ordnungswidrigkeit wird nicht zuletzt daran deutlich, wenn man die engen Voraussetzungen betrachtet, die Art. 104 GG und Art. 9 der brandenburgischen Verfassung für einen Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit der Person normieren.

Der große Lauschangriff

Zum zweiten Punkt. In § 33 ist der große Lauschangriff geregelt, also das heimliche Mithören des gesprochenen Wortes und die heimliche Bildaufzeichnung in oder aus einer Wohnung. Dieser große Lauschangriff ist bereits im geltenden Polizeiaufgabengesetz enthalten, allerdings wie in den meisten Bundesländern nur unter der Voraussetzung, daß dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich ist. Jetzt sollen diese Eingriffsvoraussetzungen in Anlehnung an die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen erweitert werden. Der Lauschangriff in Brandenburg soll jetzt auch zulässig sein, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß bestimmte katalogmäßig aufgezählte Straftaten organisiert begangen werden sollen „und die vorbeugende Bekämpfung dieser Straftaten sonst aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre“. (§ 33 Abs. 3)

Die Diskussion, die auf Bundesebene um den großen Lauschangriff geführt wird, weist mit Nachdruck darauf hin, daß der staatliche Lauschangriff den Wesensgehalt des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung verletzt und damit generell unzulässig ist.

Selbst wenn man diese Konsequenz nicht zieht, muß man einen solch schwerwiegenden Grundrechtseingriff auf den Ausnahmefall einer gegenwärtigen Gefahr für höherwertige Rechtsgüter, nämlich Leib und Leben, beschränken.

Die PDS-Fraktion lehnt die in § 20 vorgesehene Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams und die in § 33 vorgesehene Ausweitung des großen Lauschangriffs entschieden ab.

„Finaler Rettungsschuß“

Zu den Diskussionen um den finalen

Rettungsschuß möchte ich hier nur anmerken, daß wir die Herausnahme des § 67 aus dem Referentenentwurf durch das Kabinett begrüßen. Die Polizeigesetze einiger Bundesländer, z.B. Sachsens und Thüringens, lassen unter engen Voraussetzungen den gezielten tödlichen Schuß auf einen Menschen zu. Dabei handelt es sich um ein Grenzproblem des Staates, der nach dem Grundgesetz nicht über das menschliche Leben verfügen darf. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen unter Beteiligung staatlicher Organe unmittelbar bedrohtes Menschenleben nur durch die Vernichtung anderen Lebens gerettet werden kann. Es handelt sich dabei um Geiselnahmen. Aber auch in den meisten anderen Fällen von Geiselnahmen bestehen andere Möglichkeiten, um das Leben der Geiseln zu retten, z.B. intensives Verhandeln mit den Tätern bis zum Eingehen auf die Forderungen, das ja keinen Verzicht auf die spätere Bestrafung bedeutet.

Es bleibt die Frage, ob der Rettungsschuß mit der Aufnahme in die Begründung zu § 66 doch geregelt sei. Ich meine, daß das nicht der Fall ist.

Kennzeichnungspflicht

In § 11 Abs. 2 des noch geltenden Polizeiaufgabengesetzes ist für den Einsatz der Polizei in geschlossenen Einheiten vorgeschrieben, daß jeder Polizist zur Gewährleistung der Identifizierbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen hat. Diese gesetzliche Festlegung ist, siehe Rechtsstaatsprinzip (der Staat ist an das von ihm gesetzte Recht auch gebunden) nie eingehalten worden. Im jetzigen Entwurf ist sie nicht mehr zu finden. In Anerkennung der Sicherheitsbedürfnisse jeder einzelnen Polizisten und der Familien, auch in Anerkennung der Tatsache, daß man Menschen nicht numerieren sollte, bleibt der Anspruch des Bürgers bestehen, polizeiliches Handeln nachvollziehen zu können. Gerade eingedenk der Voraussetzung, daß die brandenburgische Polizei ihre Rechte nicht mißbraucht, kann es kein Problem sein, eine solche Kennzeichnung im Einsatz vorzunehmen, die ja nicht bedeutet, daß Name und Anschrift der Polizisten für jedermann sichtbar zu veröffentlichen sind. Wir sprechen uns dafür aus, daß diese Kennzeichnungspflicht in das neue Polizeigesetz aufgenommen wird.

Michael Schumann, MdL, ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion der PDS im brandenburgischen Landtag.

Die 649 Delegierten, die Ende Oktober in Berlin zum 18. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall zusammenkommen und über 745 Anträge und acht Entschließungen entscheiden, haben keine leichte Aufgabe. Zu sehr ist die traditionelle Gewerkschaftspolitik durch äußere und innere Faktoren erschüttert.

Die Konzernwirtschaft der BRD operiert inzwischen weltweit und hat einen großen Schweiß mittlerer und selbst kleinerer Unternehmen beim Waren- und Kapalexport mitgezogen. Die osteuropäischen Länder sind in den kapitalistischen Weltmarkt hineingerissen, ihre Produktionsstätten oft verlängerte Werkbank, ihre Beschäftigten verlängertem Arbeitsmarkt der BRD. In Ostdeutschland arbeiten Filialen westdeutscher Unternehmen vielfach hochproduktiv und gleichzeitig untertariflich. All diesen Problemen haben die IG Metall und die anderen Gewerkschaften bisher wenig entgegenzusetzen.

In Westdeutschland selber haben die Unternehmen in der Konjunkturkrise der letzten Jahre die Arbeitsorganisation umgestoßen. Die traditionellen Tarifverträge, die vielfach aus den 60er Jahren stammen, bilden die betriebliche Realität kaum noch ab. Sie sind (z.B. bei Entgeltstrukturen, Leistungsbemessung, Arbeitszeitformen) durch vielfältige betriebliche Regelungen unterhöhlt.

Ein wachsender Teil der Unternehmen und des bürgerlichen Lagers stellt im Zug des verschärften Wettbewerbs und der hinzugewonnenen wirtschaftlichen und sozialen Macht das Tarifvertragswesen selber infrage. Tarifbruch und Tariffucht sind keine exotischen Ausnahmen mehr, die leicht in die Schranken zu weisen wären.

Die hohe Arbeitslosigkeit erleichtert den Tarifbruch; und die Arbeitslosigkeit und die Not, die sie produziert, sind mit Tarifpolitik nicht zu beseitigen.

Gewerkschaften wie die IG Metall, die ihre Kraft vor allem aus der Tarifpolitik ziehen und auch durchaus noch streikfähig sind (wie die IG Metall im Frühjahr in Bayern), kommen dadurch in ernste Schwierigkeiten.

Schließlich ist die IG Metall auch im politischen Feld geschwächt. Den brutalen Eingriff der konservativ-liberalen Koalition in die Streikfähigkeit mit dem § 116 AFG haben IG Metall und DGB nicht zurückschlagen können. Und selbst beim traditionellen politischen Partner, der SPD, suchen immer mehr Kräfte die politische Profilierung (wenn auch vergeblich) auf Kosten der Gewerkschaften.

35-Stunden-Woche Ende einer Strategie

Fast zwei Jahrzehnte, seit dem Gewerkschaftstag von 1977, war die Politik der IG Metall um die 35-Stunden-Woche konstruiert. Konzipiert in den 70er Jahren, unter anderen äußeren und inneren Bedingungen, sollte die 35-Stunden-Kampagne ideal die verschiedenen gewerkschaftlichen Anliegen in einem einzigen Knoten verknüpfen, Beschäftigungspolitik, Humanisierung der Arbeit und Gesellschaftspolitik. Sie sollte „1. Arbeitsplätze sichern und schaffen; 2. Arbeit menschlicher machen; 3. Leben und Gesellschaft gestalten.“

Von vornherein war fraglich, wie mit einer einzelnen Forderung umfassend auf eine komplexe und sich weiter ausdifferenzierende betriebliche und gesellschaftliche Realität eingewirkt werden sollte. Und in dem Maße, wie die Rationalisierung und Flexibilisierung vorankamen und Beschäftigung brutal abgebaut wurde, konnte das 35-Stunden-Konzept die ursprünglichen Ansprüche immer weniger einlösen.

Bezeichnend ist, daß die letzte Stufe, die Verkürzung von 36 auf 35 Stunden in diesem Monat, in vielen Betrieben überhaupt nicht mehr als Wochenarbeitszeitverkürzung spürbar wird. So vielfältig sind die konkreten betrieblichen Regelungen und so stark ist die Arbeitszeitverkürzung von Flexibilisierung überlagert, daß die 35-Stunden-Woche häufig nur als rechnerischer Durchschnitt über längere Zeiträume durchscheint. Viele IGM-Verwaltungsstellen können die Betriebe, wo tatsächlich 35 Stunden gearbeitet wird (und nicht nur z.B. im Halbjahres- oder Jahresdurchschnitt), an einer Hand abzählen.

Ein weiteres Problem stellt sich hier für die Delegierten des Gewerkschafts-

ganz untergehen.

Im Antragsmaterial des Vorstands sucht man dagegen eine zusammenhängende Darstellung und Begründung des Arbeitszeitkonto-Konzepts vergebens.

Stattdessen hat der Erste Vorsitzende einen Monat vor dem Gewerkschaftstag die Bild-Zeitung benutzt, um das Thema breit unter die Leute zu bringen. Im Interview sagte Klaus Zwickel: „Überstunden sollen generell nicht mehr bezahlt, sondern nur noch mit Freizeit ausgeglichen werden. Jeder Arbeitnehmer bekommt seine Überstunden dann auf ein Arbeitszeitkonto gutgeschrieben und kann sie wie bei einem Sparbuch wieder abheben. Beispiel: Ein Betrieb bekommt einen Großauftrag,

Unternehmen im Zug flexibler Arbeitszeiten schon eingeführt. Mit Zeitkonten werden schwankende Arbeitszeiten je nach Auftragslage organisiert und Mehrarbeitszuschläge eingespart. Wer da wie über die Zeitguthaben verfügt, ist betrieblich unterschiedlich, aber in der harten Praxis greifen zumeist die Unternehmensinteressen (in Klaus Zwickels Worten: Großauftrag — alle Mann an Bord, Flaute — ab nach Hause).

Obergrenzen der Zeitkonten sind nicht im Gespräch. Zwickel spricht gar von 2000 Stunden Guthaben, mehr als die Arbeitszeit eines Jahres! Ein Zeitfaß ohne Boden und Deckel. Die Verlockung für die Unternehmen wäre groß, sich auch am Tag und in der Woche über alle sozialen Schranken hinwegzusetzen.

Die Überstundenzuschläge kommen — egal was dazu beschlossen werden mag — mit den Zeitkonten unter Druck: Die längere Arbeitszeit wird ja theoretisch irgendwann durch eine kürzere wieder wettgemacht.

Und was den Freizeitausgleich betrifft: Werden die Unternehmen hier nicht ganz genauso wie bei der Arbeitszeitverkürzung einwenden, daß sie auf die längere Arbeitszeit von Leitungspersonal und „Spezialisten“ nicht verzichten können, daß Abfeiern in diesen Fällen nicht infragekommt? Liegen da nicht schon die nächsten Differenzierungen in der Luft, nachdem tariflich heute schon zwischen 13 und 18 % der Belegschaften 40 Stunden arbeiten dürfen, 35-Stunden-Woche hin oder her?

Weiter: Ist es wirklich sinnvoll, unter dem Stichwort Altersteilzeit über Jahre hinweg ohne Ausgleich länger zu arbeiten? Werden da nicht über lange Zeiträume Belastungen ohne ausreichende Entlastung aufsummiert? Läuft man nicht der weiteren Intensivierung der Arbeit ins offene Messer?

Und schließlich: Wo sollen die Neueinstellungen über den Freizeitausgleich herkommen, wenn erstmal jahrelang und unbeschränkt Arbeitszeit aufgesammelt werden kann?

Erfahrungen mit Zeitkonten kritisch diskutieren

Das Thema „Arbeitszeitkonto“ gehört in die gewerkschaftliche Diskussion, nicht in die Bild-Zeitung. Und dabei muß sich erst noch zeigen, ob soziale Arbeitszeiten, Zeitsouveränität der Beschäftigten, erträgliches Arbeitstempo, ausreichende Einkommen und Neueinstellungen auf diesem Weg überhaupt eine Chance haben.

Gegenwärtig sieht die Sache eher nach einem Deal mit den Unternehmern aus: Wir kommen euch bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit und Reduzierung der Kosten für Mehrarbeit weit entgegen, wenn ihr bei einer Tarifpolitik „gegen Überstunden“ mit einsteigt.

Im Vorwort zum Antragsmaterial plädieren Klaus Zwickel und Walter Riester „für die Verbindung von wirtschaftlicher Leistungskraft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung“. Bei der Zeitkonto-Diskussion, aber auch auf anderen Gebieten hat man aus dem Antragsmaterial des Vorstands den Eindruck, daß die Zustände an die „wirtschaftliche Leistungskraft“ von den kapitalistischen Standort-Forderungen nicht so weit entfernt sind — in der Hoffnung auf ein Fünkchen Entgegenkommen an anderer Stelle. Andererseits bieten die Anträge Anhaltspunkte für gewerkschaftlichen Widerstand unter den heutigen schwierigen Bedingungen. Der Ausgang bleibt spannend. — (rok)

(In der nächsten Ausgabe soll das Antragsmaterial etwas näher beleuchtet werden.)



Arbeitszeitkonto?

Zum 18. o. Gewerkschaftstag der IG Metall

tags: Was gelten die Beschlüsse des Gewerkschaftstags in der Praxis? Immerhin hat sich die Politik des Vorstands teilweise rasant von der Beschluslage von 1992 entfernt.

„Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze“ hieß es damals, und Arbeitszeitverkürzung kam deshalb nur „mit vollem Lohnausgleich“ in Frage. Dennoch wurde zunächst bei VW und dann im „Beschäftigungssicherungstarifvertrag“ der ganzen Branche ohne gewerkschaftliche Debatte und neue Beschlüßfassung große Arbeitszeitverkürzung mit voller Lohnminderung zugelassen. Nicht einmal nachträglich wird jetzt im Antragsmaterial des Vorstands eine Begründung für diesen Kurswechsel gegeben.

„Arbeitszeitkonto“, „Altersteilzeit“ — Bild-Zeitung statt Antragsmaterial

Viele Delegierte sehen sich auch schon mit dem nächsten Problem konfrontiert, dem Vorschlag für „Arbeitszeitkonten“. Walter Riester, bislang für Tarifpolitik zuständiger zweiter Vorsitzender der IG Metall, hat das „Arbeitszeitkonto“ bei den bayerischen Streikverhandlungen gelegentlich überraschend auf den Tisch gelegt. Es hat beim Abschluß keine Rolle gespielt und war in der IG Metall umstritten. Dennoch hat die IGM in den betrieblichen Arbeitszeitverhandlungen der letzten Wochen und Monate „Arbeitszeitkonten“ propagiert und immer wieder als Beleg angeführt, daß man mit der IG Metall Arbeitszeit flexibilisieren könne, wenn man nur wolle.

Viele Anträge an den Gewerkschaftstag befassen sich nun kritisch mit diesem Thema und zielen zumeist darauf ab, dem „Arbeitszeitkonto“ soweit wie möglich soziale Zügel anzulegen, damit die Beschäftigteninteressen dabei nicht

dann müssen alle Mann an Deck sein. Gibt es eine Auftragsflaute, kann vielleicht die halbe Belegschaft vorübergehend frei machen. (Wer seine Überstunden lange genug anspart) der kann dann z.B. drei Monate Urlaub machen. Oder er sagt: Ich habe jetzt 2000 Stunden Guthaben. Die letzten drei Jahre vor der Rente möchte ich statt 35 nur noch 20 Stunden in der Woche arbeiten ...

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat inzwischen Interesse an Arbeitszeitkonten als Beitrag für flexiblere Arbeitszeiten signalisiert. Die Konten müßten aber mit flexiblen Arbeitszeitmodellen verknüpft werden, um den Betrieben so Kosten für Mehrarbeit zu ersparen. (Man könnte hinzufügen: Und das Direktionsrecht der Unternehmen über die Konten zu sichern und den Einfluß der Beschäftigten zurückzudrängen.)

Wieweit die Sache schon gediehen ist, zeigt eine Meldung von Ende September: Danach haben sich Metallunternehmerverband und IG Metall in Baden-Württemberg bei den Verhandlungen über die Fortsetzung des „Beschäftigungssicherungstarifs“ darauf verständigt, Regelungen für ein „Langzeitarbeitskonto“ und „Altersteilzeit“ zu erarbeiten. Anscheinend will der Vorstand die tarifliche Arbeitszeitpolitik der nächsten Jahre ganz auf das „Arbeitszeitkonto“ hinspitzen.

Zeitkonto: Fragen, Probleme

Nun mag ja stimmen, daß heute schon viele Arbeitsstunden verfallen und auf einem Arbeitszeitkonto immerhin registriert und gesammelt werden könnten. Und manche würden gerne mal einen längeren Zeitraum frei nehmen können. Dennoch wirft das Konzept viele, auch grundsätzliche Fragen auf.

Das Zeitkonto ist ja keine Erfindung von Walter Riester, sondern von vielen

Betriebsaufspaltung bei Krupp Maschinentechnik**Produktionsverlagerung nach Tschechien geplant?**

Um 12 % auf 10,7 Milliarden DM stieg der Umsatz des Krupp-Konzerns im ersten Halbjahr 1995 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Der Bilanzgewinn vor Steuern beträgt 223 Millionen DM. Dennoch soll der Kahlschlag in den Essener Produktionsbetrieben des Krupp-Konzerns offensichtlich weitergehen. Die tausend Beschäftigten von Krupp Maschinentechnik, Betriebsrat und IG Metall befürchten, daß Teile des Betriebes verkauft oder stillgelegt werden bei Verlagerung der Produktion in die Tschechische Republik.

Zum 1.1.1996 will Krupp-Chef Cromme die Bereiche Kunststoff- und Bautechnik zu selbständigen Betrieben aufspalten. Der Bereich Bautechnik soll mit 450 Beschäftigten ausgegliedert und direkt der Sparte Maschinenbau des Krupp-Konzerns als Fertigungsgesellschaft angegliedert werden.

Ähnliche Umstrukturierungen waren im Krupp-Konzern oft ein erster Schritt zu Verkauf oder Stilllegung. Gleichzeitig will Krupp einen Maschinenbau-Betrieb mit (noch) 3000 Beschäftigten in der Tschechischen Republik aufkaufen und in diesem Billiglohnland eine Fremdfertigung aufbauen. In anderen Betrieben der Sparte Maschinenbau existieren bereits Anweisungen, die Verlagerung von Aufträgen dorthin zu prüfen.

Für die Befürchtungen der Belegschaft spricht auch die Tatsache, daß Krupp-Chef Cromme bis heute keine plausible Begründung über Sinn und Zweck der Betriebsaufspaltung vorgelegt hat. Selbst gegenüber Betriebsräten und IG Metall-Vertretern im Aufsichtsrat weigerte er sich, Zahlenmaterial vorzulegen. Auch die Geschäftsführung von Krupp Maschinentechnik war ursprünglich gegen die Maßnahme: Der bisher mögliche Beschäftigungsausgleich zwischen den beiden Bereichen entfällt, die Fixkosten auf dem großen Werksgelände steigen. Anfang nächsten Jahres wird auch die Siemens Schienenfahrzeugtechnik (früher Krupp Verkehrstechnik) mit 500 Beschäftigten nach Uerdingen verlagert, die bisher noch in den gleichen Hallen sitzt.

Noch in die Belegschaft ist nicht gewillt, die Maßnahmen kampfflos hinzunehmen. Der IG-Metall-Vertrauenskörper hat einen Aktionsausschuß gebildet. Am Donnerstag dieser Woche findet eine Betriebsversammlung statt. Sie soll der Auftakt zu einer Informationskampagne werden, mit der sich die Belegschaft mit Flugblättern und Aktionen auch nach außen wenden will. Die IG Metall unterstützt diese Aktionen und hat angekündigt, daß sie im Aufsichtsrat gegen die geplanten Maßnahmen stimmen will. — (kw)

Augsburg: Massenentlassungen in Metallbranche**Zukunftsträchtig? — In Zukunft mächtig! Standortpolitik in Augsburg**

600 sollen bei AT&T (früher NCR) entlassen werden, 335 bei Osorno (Kleindienst), 210 bei DASA, 200 bei Ackermann; Erhard und Leimer hat größere Entlassungen angekündigt, und Siemens Nixdorf baut dauernd ab: 1989 arbeiteten hier noch 4387 Beschäftigte, 1996 sollen es 400 sein — Gibt es überhaupt noch eine Zukunft für den „Standort Augsburg“?

Man muß wohl eher fragen: Zukunft für wen? Für viele lohnabhängig Beschäftigte und ihre Familien und besonders für diejenigen, die arbeitslos sind bzw. es demnächst werden, sieht die Zukunft keineswegs gut aus. Die Unternehmer, die hier Arbeitsplätze beseitigen, tun das für eine mächtigere Zukunft.

Oftmals werden, wenn es um die Beseitigung von Arbeitsplätzen bzw. um den Erhalt derselben geht, von Politikern, Arbeitsamtssprechern, Journalisten, aber auch von Gewerkschaftern die Schicksale der Arbeiter und Angehörigen direkt mit dem des Betriebs, in dem sie arbeiten, verknüpft. Sicherlich ist im Kapitalismus die Zukunft eines Arbeiters insofern von der Zukunft eines Fabrikeigners abhängig, als der Arbeiter einen Kapitalisten braucht, dem er seine Arbeitskraft verkaufen kann. Eine Bindung an ein „gemeinsames Schicksal“ von Kapital und Arbeit über diese Tatsache hinaus ist wohl eher Ideologie und damit wenig nützlich zur Ermittlung von Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten von Arbeitslosigkeit.

Bei AT&T wurde angesichts der Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust die PC-Produktion in Augsburg von 1994 auf 1995 von 100000 auf 200000 Stück pro Jahr gesteigert. Man hatte sich sogar das Ziel gesteckt, bis 1996 auf 500000

PCs Jahresproduktion zu kommen. Hinter diesen Zahlen steckt ungeheurer Druck zur Mehrarbeit — täglich, wöchentlich, und oft unter Verzicht auf Mehrbezahlung. Die Konzernführung von AT&T hat jetzt rausgelassen, daß sie das Unternehmen weltweit in drei Einzelkonzerne zerteilen will. Voraussetzung dafür, daß dieses erfolgreich bis 1997 durchgeführt werden könne, sei die Beseitigung der PC-Produktion weltweit bis Ende 1995. Das macht in Augsburg 600 Menschen arbeitslos. Nun darauf zu beharren, daß in Augsburg doch „schwarze Zahlen produziert“ würden, also die Entscheidung falsch sei, oder daß diese aufgrund „mangelnden Bezugs durch große Entfernung“ zwischen Konzernzentrale (USA) und Produktionsstätte (Augsburg) zustande gekommen sei, läßt das Interesse der Chefs, eingesetztes Kapital zu vermehren, außer acht. Diese Herren haben für sich erkannt, daß sie weltweit im Bereich Personalcomputer zur Zeit keine Gewinne machen können. Folglich ist die Fertigung in Augsburg nur ein Faktor ihrer Gesamtstrategie.

Angesichts der Drohung der Daimler-Führung, bei DASA im großen Stil Arbeitsplätze zu beseitigen durch ein Rationalisierungskonzept namens „Dolores“, haben der Konzernbetriebsrat wie auch der Werksbetriebsrat in Augsburg erklärt, daß sie für den Weiterbau des „Eurofighters“ (Jäger 2000) kämpfen wollen. Alternative — friedliche — Produkte ständen zur Zeit nicht zur Debatte und benötigten auch eine zu lange Anlaufzeit.

Produktion für den Krieg, um Arbeitsplätze zu erhalten? Es scheint, daß mit dem Arbeitsplatzargument vieles im Sinne der Imperialisten bewegt werden kann. — Zu vieles! — (his, jol)

Protest gegen Hyundai auf der Internationalen Autoausstellung

Gegen die Machenschaften des südkoreanischen Hyundai-Konzerns demonstrierte am Sonntag, den 24.9.95, eine Gruppe von GewerkschafterInnen der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter und ArbeiterInnen Union auf der Internationalen Automobilausstellung. Die Gruppe entrollte am Hyundai-stand ein Transparent und verteilte Flugblätter, in denen sie auf die Praktiken des größten koreanischen Automobilkonzerns gegenüber Gewerkschaften und ArbeiterInnen hinwies.

Im Hyundai-Konzern in Ulsan war es im Frühjahr zu Aktionen von Arbeitern gegen das hohe Arbeitstempo und die enorme Arbeitsdichte in der Produktion gekommen. In Folge wurden zahlreiche Arbeiter verhaftet, einige Gewerkschafter mußten untertauchen (siehe auch *Politische Berichte* Nr. 18/95).

Mit der 20minütigen Protestaktion auf der IAA, die auf reges Interesse stieß, informierten die deutschen GewerkschafterInnen die potentiellen Hyundai-KäuferInnen über die Praktiken des größten Autokonzerns des boomenden Exportlandes Südkorea. Es gehe nicht allein darum, die Arbeiter dort in ihrem berechtigten Anliegen zu unterstützen — vielmehr seien die ArbeiterInnen auch hier mit einer rapiden Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert, einer Entwicklung, der man nur international wirkungsvoll entgegenzutreten könne — so die FAU.

Die Protestierenden bekundeten ihre Solidarität mit den ArbeiterInnen in Südkorea und bekräftigten ihre Unterstützung für deren Forderungen. (FAU-IAA AnarchosyndikalistenInnen)

DASA-Konzern: PDS fordert „Dolores“ muß vom Tisch

Im Vorfeld der für Donnerstag (28.9.) angesetzten Bundestags-Debatte zur Krise im DASA-Konzern erklärte der gewerkschaftspolitische Sprecher Manfred Müller der PDS-Bundestagsgruppe:

Es ist bezeichnend für das soziale Klima in diesem Land, wie in der Diskussion über die Zukunft der DASA mit Menschen und Arbeitsplätzen gespielt wird, um private Profitinteressen oder ehrgeizige Rüstungsprojekte durchzusetzen. Das DOLORES-Konzept ist für Daimler-Benz ein willkommenes Papier, um einerseits weitere Arbeitsplätze abzubauen und andererseits staatliche Unterstützung für den von Managementfehlern gezeichneten Luftfahrtkonzern einzufordern. Gleichzeitig wittern die Freunde weiterer Militarisierung der deutschen Außenpolitik ihre Chance, den Bau des umstrittenen Eurofighters und des Transporters Future Large Aircraft voranzubringen.

Den wirklich bedrohten Arbeitsplätzen im Produktbereich Airbus nutzt das alles nichts.

Abgesehen davon, daß der Airbus-Abatz tatsächlich unter dem niedrigen Dollar zu leiden hat, ist DOLORES ausschließlich darauf angelegt, die ehrgeizigen Gewinnerwartungen des Daimler-Benz-Konzerns zu sichern. Trotz niedrigen Dollarkurses würde die DASA auch ohne Arbeitsplatzvernichtung in den Jahren 1998 und 1999 einen Überschuß von einigen Hundert Millionen DM erwirtschaften.

DOLORES aber soll in diesem Zeitraum einen zusätzlichen Jahresüberschuß von 979 Mill. DM einbringen, um den eingeplanten Profit von 1,1 bzw. 1,2 Mrd. DM zu erreichen. Skandalös daran ist nicht nur, daß dies auf Kosten der über 7000 Beschäftigten geht, die auf die Straße gesetzt werden sollen. Skan-

dalös ist auch, daß diese Sanierung der DASA-Profiten jährlich Arbeitslosengelder von rund 240 Millionen erfordert.

Es ist das gewohnte Spiel: Die Unternehmen steigern ihre Gewinne durch Massenentlassungen, die dann als Millionenverluste bei der Bundesanstalt für Arbeit durchschlagen. Damit steigen die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, und Bundesregierung wie Arbeitgeber jammern, daß die hohen Lohnnebenkosten die Arbeitsplätze gefährden.

(Pressemittteilung der PDS)

Sozialplan bei VSG: Tarifvertrag ausgehebelt

Nach neun Monaten hat die IG Metall einem Kompromiß über den Sozialplan der Vereinigten Schmiedewerke (VSG) zugestimmt. Thyssen und Krupp, zwei der drei Eigner der im Januar in den Vergleich bzw. Konkurs geschickten VSG-Holding, werden für die 1600 Sozialpläne insgesamt 65 Mio. DM zur Verfügung zu stellen. Damit werden die vereinbarten Sozialplanzahlungen rückwirkend ab 1. Juli zu rund 80 % erfüllt. Der Einschnitt ist deutlich spürbar: Ein VSG-Sozialplaner, der Arbeitslosengeld bezieht, wird in Zukunft rund 80 % des früheren Netto-Einkommens erhalten (bisher 90 %). Ein Sozialplaner, der nur noch Arbeitslosenhilfe bezieht, kommt nach Angaben der IG Metall auf etwa 65 %. Für die ersten sechs Monate 1995 wird über die noch niedrigeren Zahlungen aus der Konkursmasse hinaus nichts nachgezahlt.

Gleichzeitig vereinbarten die VSG-Eigner mit der IG Metall Maßnahmen zur Umstrukturierung der verbliebenen Tochtergesellschaften der VSG-Holding, mit dem Ziel, sie zu verkaufen. Dazu gehört der Abbau von 200 bis 300 der noch 2000 Beschäftigten. Im Gegenzug für eine Finanzspritze von 20 Mio. DM wird den Beschäftigten nach 1994 zum zweiten Mal das Weihnachtsgeld vorenthalten.

Unter den Betroffenen gibt es viel Kritik an dem Ergebnis. Trotz großer Aktionen haben die Stahlkonzerne einen gültigen Sozialplan ausgehebelt und die IG Metall erneut dazu gezwungen, tarifliche Regelungen für einen einzelnen Betrieb außer Kraft zu setzen. Die IG Metall hält den Kompromiß für „gerade noch tragbar“. Sie ließ sich darauf ein, weil sie befürchtete, daß Cromme und Co. auch die einzelnen VSG-Betriebe in den Konkurs hineinziehen.

Antrag an den Gewerkschaftstag: Gegen Verbot kurdischer Vereine

Die Verwaltungsstelle Frankfurt/M. hat an den kommenden Gewerkschaftstag der IG Metall (er beginnt Ende Oktober in Berlin) den Antrag gerichtet, die Gewerkschaft solle sich für die Aufhebung der Verbote kurdischer Vereine einsetzen. Hier die Begründung im Wortlaut:

„... Die IG Metall hat die demokratischen Rechte der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik zu verteidigen. Dazu zählt auch das Recht der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden, sich in Vereinen zusammenzuschließen, kulturelle und politische Veranstaltungen und friedliche Versammlungen durchzuführen. Das Verbot solcher Vereine macht eine Minderheit rechtlos. Deshalb setzt sich die IG Metall für die Aufhebung der Verbote ein und fordert, daß jeder hier lebende Mensch unabhängig von seiner nationalen Herkunft alle staatsbürgerlichen Rechte erhält (= doppelte Staatsbürgerschaft) und damit den nationalen Minderheiten die Wahrung ihrer politischen demokratischen Rechte garantiert wird. aus: Metall, Zeitung der IGM, Sondernummer zum Gewerkschaftstag

Gewerkschaften und Gesundheitspolitik: Widerstand ist möglich

Beitrag auf der PDS-Gewerkschaftskonferenz
Von Brigitte Gerloff

Seit den 70er Jahren hat die Bundesregierung schleichend die Kosten des Gesundheitswesens dem Beitragszahler aufgebürdet. Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) von 1993 wurden weitere Investitionskosten auf die Pflegesätze geschlagen. Vorhaltekosten der Gesundheitsversorgung, die in den 50er Jahren noch wie etwa der Straßenbau zu selbstverständlichen Leistungen des Staates für seine Bürger zählten, sind damit fast vollständig auf die Krankenkassen abgewälzt. Dieser Prozeß zielt auf die Abschaffung der dualen Finanzierung des Gesundheitswesens und ist noch nicht abgeschlossen.

Das GSG stellte die Weichen für einen weiteren Abbau von Kosten für Staat und Kapitalisten durch die Etablierung eines sog. „Marktes“ für Gesundheitsleistungen, auf dem der zum „Kunden“ erklärte Beitragszahler dann per Selbstbeteiligung noch einmal zahlen muß. Zehn Prozent der Arzneimittelausgaben gleich 2,3 Mrd. DM zahlen die Versicherten inzwischen aus der eigenen Tasche. Die Tatsache, daß an die Stelle der wirtschaftlichen Absicherung der Krankenhäuser jetzt um staatlich verordnete Summen konkurriert wird, umschreibt Günter Breese, Vorstandsmitglied des LBK Hamburg und zuständig fürs Kaufmännische ganz schlicht: „In der Vergangenheit bestimmten die Kosten den Preis, künftig bestimmen die Preise die Kosten.“

Die Einrichtungen des Gesundheitswesens treten auf dem „Markt“ in Konkurrenz, was zunächst dazu geführt hat, daß die öffentlichen Krankenhäuser, wenn sie nicht sofort verkauft oder privatisiert wurden, in Rechtsformen umgewandelt wurden, die der Leitung Spielräume für „unternehmerisches Handeln“ eröffnen, z. B. GmbHs, Eigenbetriebe oder Anstalten Öffentlichen Rechts.

„Wettbewerb“ findet nur um die Patienten statt, an denen sich verdienen läßt.

Der Konkurrenzdruck unter den Einrichtungen des Gesundheitswesens, die bei Strafe der Pleite möglichst Gewinne erwirtschaften sollen, führt dazu, daß betriebswirtschaftlich erwünschte Patienten gewonnen und unerwünschte, teure Patienten abgehalten werden müssen, die Institution in Anspruch zu nehmen.

Nach Inkrafttreten des GSG ergab eine Untersuchung der ÖTV, daß sich für bestimmte Operationen die Wartezeiten verdoppelt hatten, Bettenangebote für Krebspatienten reduziert wurden und z. B. Patienten, die einen Herzschrittmacher benötigten, ohne medizinische Notwendigkeit verlegt wurden, damit die Kosten für den Schrittmacher im nächsten Krankenhaus zu Buche schlagen.

Medizinisch notwendige Spezialleistungen müssen eingestellt werden, wenn ihre Finanzierung nicht gesichert und der Ausgleich über den tagesgleichen Pflegesatz nicht mehr möglich ist. So können urologische Tumorpatienten im AK Harburg ab 1996 nicht mehr mit Prothesen, z. B. einer künstlichen Blase versorgt werden, weil ein Sonderentgelt dafür nicht im Katalog enthalten ist. Diese Möglichkeit gibt es bundesweit aber überhaupt nur an zwei weiteren Kliniken! Zahlungsfähigkeit (z. B. eine Zusatzversicherung für Wahlleistungen) und Kalkulierbarkeit (z. B. eine standardisierbare Operation)

kennzeichnen die erwünschten Patienten; für sie werden neue Angebote geschaffen. Um die anderen, vor allem die alten und chronisch Kranken, findet keinerlei Wettbewerb statt. Auch in der Notaufnahme stören sie nur das Geschäft und werden deshalb nicht selten abgewiesen.

Diese neue Form von Zwei-Klassen-Medizin führt dazu, daß die knappen Ressourcen ausgerechnet denen zugute kommen, die über finanzielle Sicherheit, die bessere Bildung und damit die größere Konfliktfähigkeit verfügen und gleichzeitig das geringste Krankheitsrisiko haben.

Handeln die Gewerkschaften als Gegenmacht?

Nein! Aber gewerkschaftlicher Widerstand ist möglich! Beispiele: Seehofers Gesetzesentwürfe stießen nicht auf den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften. Vielmehr begrüßte der DGB geradezu die vermeintliche Schröpfung der Pharma-Industrie und der Ärzte. Die „Beitragssatzstabilität“ wurde kritisiert, weil ohne Rücksicht auf deren Folgen befürwortet, vielleicht in der Hoffnung, daß eine Beitragssenkung Lohnkämpfe überflüssig macht? Die ÖTV stand Seehofers Plänen zwar kritisch gegenüber, unterließ aber jeden Widerstand und Krach im DGB und machte erst mobil unter den Beschäftigten, nachdem das Gesetz bereits verabschiedet war.

Als Organisation der Beschäftigten des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen hat sie die Verantwortung dafür, die anderen DGB-Gewerkschaften gründlich über die Auswirkungen auf die Patientenversorgung zu unterrichten und die gewerkschaftlichen Versichertenvertreter bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Viele von ihnen leben in dem Bewußtsein, das beste für ihre Kolleginnen getan zu haben, solange sie für niedrige Beiträge stimmen und sich mit weiteren Kenntnissen nicht belasten, anstatt sich damit auseinanderzusetzen, welche Leistungen auf jeden Fall und erst recht unabhängig vom Geldbeutel sichergestellt werden müssen. Um hier vielleicht etwas zu verbessern, gibt es allerdings erst als örtliche Ansätze eine verstärkte Kooperation zwischen Versichertenvertretern und Beschäftigten, wie sie z. B. in Hamburg als Koordinationsgruppe Krankenversicherungen (KoKra) praktiziert wird.

Ein Jahr nach dem GSG lag der Schwerpunkt der Aktivitäten darin, bei Rechtsformänderungen der Krankenhäuser die künftigen Gefahren aufzuzeigen, die Interessen der Beschäftigten konsequent zu vertreten. Wo es örtliche Aktivitäten der Beschäftigten gab, z. B. in Hamburg und im Main-Kinzing-Kreis, wurden erfolgreich Überleitungstarifverhandlungen mit dem Ziel „Eins-zu-eins-Plus“ geführt. Die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Vertreter im Unternehmen spielte dabei eine wesentliche Rolle und verbesserte deren Kampfbedingungen.

In Hamburg hat die Gesundheitsbehörde im Krankenhausplan 2000 die Verdrängung des Hafenkrankenhauses in St. Pauli, das jährlich 13500 Patienten ambulant und 4500 stationär versorgt, durch eine private Praxisklinik mit 20 Betten vorgesehen. Die Gesundheitsministerin vollstreckt das GSG so-

zusagen, indem sie Einrichtungen für erwünschte (Privat)Patienten ausbaut und Einrichtungen für unerwünschte (arme) Patienten schließt. Die ÖTV ist ein Teil des breiten Widerstandes gegen diesen Plan. Sie kämpft dabei aber eben nicht nur um die 450 Arbeitsplätze der Beschäftigten, sondern unterstützt das gesellschaftliche Interesse der einfachen Leute.

Alle Umstrukturierungen, mit denen sich die Krankenhäuser für die Konkurrenzschlacht rüsten, betreffen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Von ihrer Gestaltung hängt es ab, ob sie auf Dauer in der Lage sein werden, in Kooperation mit anderen Beschäftigten und/oder Patienten Widerstand gegen Zumutungen zu leisten und ihre Interessen wirksam zu vertreten. Überlastung in Verbindung mit einer einseitigen Aufgabenstellung reduziert diese Möglichkeiten, z. B. wenn auf der einen Station wie am Fließband ambulant operiert wird und auf der anderen ausschließlich Schwerkranken gepflegt werden.

Die Arbeitsbedingungen sind auch deswegen so umkämpft, weil zwei Drittel der Betriebskosten sozialer und medizinischer Einrichtungen Personalkosten sind. Die Verständigung von Mensch zu Mensch, die Hauptsache aus der Sicht der Patienten und der Beschäftigten, verschleißt sich aber gerade jeder Rationalisierungsoffensive. Eine neue Operationsmethode oder ein wirksames Medikament kann Behandlungstage einsparen, eine neue Maschine in der Küche kann Arbeitskraft einsparen und ein neues Gebäude kann Wege überflüssig machen. Kommunikation kann man nicht rationalisieren und wo sie behindert oder eingestellt wird, wächst die Kritik der Patienten am unmenschlichen Krankenhaus und an der Apparatedizin. Der wirtschaftliche Druck verstärkt also die negativen Trends zu einem Zuviel an Technik und Medikamenten und einem Zuwenig an Kommunikation und guter Betreuung.

Von der Auseinandersetzung um die Arbeitsorganisation und die Arbeitsinhalte wird es abhängen, ob die Beschäftigten sich im Konfliktfall für die Solidarität mit dem Patienten oder für die Einhaltung des Abteilungsbudgets entscheiden.

Trotz GSG gab und gibt es örtlichen und betrieblichen Widerstand gegen die Wirkungen dieser Gesetzgebung. In Anbetracht der Vorschläge des Sachverständigenrats der Konzierten Aktion im Gesundheitswesen ist er nötiger denn je. Die ÖTV als Mitglied der Konzierten Aktion übt in ihrer Broschüre „Gesundheitswesen 2000“ Kritik an diesen Plänen und macht u. a. folgenden ermutigenden Vorschlag: „... Es empfiehlt sich, bei allen Änderungen immer als erstes zu prüfen, wie die Maßnahmen auf das untere Drittel der Gesellschaft und auf die alten und chronisch kranken Menschen wirken.“

Inwiefern co-managen die Gewerkschaften?

Die kollektive Sicherung der individuellen Entfaltungsmöglichkeiten abhängig Beschäftigter wird durch die zunehmende Differenzierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer komplizierter. Einerseits sollen möglichst alle Mitglieder z. B. für Tarifforderungen streikbereit sein, andererseits sollen

diese Forderungen den Ledigen ebensoviel bedeuten wie den Familien, den Großstädtern ebensoviel bringen wie den Pendlern usw. Deshalb gibt es die Debatte um die Dezentralisierung der Tarifpolitik, um die Möglichkeit zeitlich begrenzter Projektarbeit als Mitgliederbeteiligung und um das Selbstverständnis als Kampforganisation oder als Dienstleistungsorganisation.

Die Abtretung der eigenen Interessen an wie auch immer gewählte Funktionäre und die Anwendung von „Patentrezepten“ wird immer fragwürdiger.

Im Gesundheitswesen werden zunehmend öffentliche Krankenhäuser oder Teile davon privatisiert oder wegen mangelnder Wirtschaftlichkeit unter dem Gesichtspunkt des GSG kritisiert. Die ÖTV argumentierte gegen die Privatisierung bislang mehr oder weniger erfolgreich vor allem volkswirtschaftlich: gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse bei den Privaten, die die Sozialhilfelawine rollen läßt, dagegen, daß an der Qualität von Arbeitsbedingungen gespart wird. In der Konkurrenz unter den Krankenhäusern kann allerdings der ganze Betrieb gefährdet sein, wenn ein Teilbereich, wie z. B. die Küche, teuer ist, als der Private diese Leistung anbietet.

Das ÖTV-Konzept der „Binnenmodernisierung“ versucht, unter Beteiligung der Beschäftigten die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen z. B. in der Küche zu durchleuchten, die Ansichten der Beschäftigten zur Geltung zu bringen und einen Konsens für eine verbesserte, wirtschaftliche Arbeitsorganisation herzustellen.

Im Wäschereibetrieb des LBK Hamburg ist dies gelungen, nachdem festgestellt wurde, daß die mangelhafte Arbeitsorganisation für den preismäßigen Abstand zur privaten Konkurrenz verantwortlich war.

In der Krankenhausgärtnerei der Universitätsklinik rechneten die Kollegen, nachdem sie über Umwege die Kalkulation der Krankenhausleitung bekommen hatten, die Angebote der Privaten nach, deckten Fehler auf und machten selbst ein Angebot. Nachdem sie ihre Arbeit und die Statistiken über ihre Abteilung gut analysiert hatten, konnten sie selbst sogar das günstigste Angebot machen und mit der Krankenhausleitung vorerst für die nächsten zwei Jahre abschließen.

Mitbestimmung ist undenkbar ohne Mitverantwortung für die Ergebnisse. Deshalb ist es wichtig, lückenlose Information zu fordern und gesellschaftliche Fragen mit einzubeziehen. Wird eine ausreichende Transparenz der Wirtschaftsdaten gewährleistet, sind die Beschäftigten dazu selbst in der Lage, wie die Beispiele zeigen. Insofern ist das co-managende Konzept der „Binnenmodernisierung“ ein Weg, die Stellvertreterpolitik durch Funktionäre, welche edler Coleur auch immer durch Mitbestimmung, die bei Erreichung gesellschaftlicher Grenzen die Forderung nach Selbstbestimmung nahelegt, abzulösen.

Brigitte Gerloff ist Mitglied der AG Gesundheitspolitik Hamburg. Ihr (hier aus Platzgründen leicht gekürzter) Vortrag auf der PDS-Konferenz „Gewerkschaften zwischen Co-Management und Gegenmacht“ am 16./17. 9. in Berlin erscheint auch in dem Reader zu dieser Konferenz.

Flüchtlingspolitik und Bürgerrechte in Europa

Aus Anlaß des „Tags des Flüchtlings“ sprach Bele Beutler mit dem Journalisten Beat Leuthardt

In folgenden Interview nimmt der Schweizer Jurist und Journalist Beat Leuthardt zu der europäischen Flüchtlingspolitik, den Feindbildern, dem Verlust an Rechtsstaatlichkeit und den Möglichkeiten für Bürgerwiderstand im heutigen Europa Stellung. Leuthardt ist Autor des 1994 im Rotpunktverlag Zürich erschienenen Buches „Festung Europa. Asyl, Drogen, Organisierte Kriminalität. Die ‚Innere Sicherheit‘ der 80er und 90er Jahre und ihre Feindbilder“. Dieses zur Zeit aktuellste Kompendium gibt in gut lesbarer Form ein umfassendes Bild über die Entwicklung und die gegenwärtige Situation der Europapolitik. Das Interview führte Bele Beutler.

■ Von den kritischen Beobachtern der europäischen Politik wird in letzter Zeit zunehmend der Begriff „Festung Europa“ gebraucht, und auch Sie haben Ihr Buch so betitelt. Was zeichnet diese „Festung“ im wesentlichen aus?

Die kritischen Ökonomen sprechen von einer „Wirtschafts-Festung“, die Juristen von einer juristischen Vormachtstellung. Der Begriff „Festung Europa“ ist Ausdruck der global dominanten Haltung Westeuropas. Sie zeichnet sich aus zum einen durch die Ausgrenzung aller Nicht-Zugehörigen, was sich in der Abweisung von sogenannten Dritt-Ausländern an der Grenze manifestiert, zum anderen durch die innere Ausgrenzung von marginalisierten Europäern.

■ An dieser Festung wird schon lange gebaut, sehr viel länger, als es im Bewußtsein auch nur der kritischen Öffentlichkeit ist. Bedeutet die Entwicklung der letzten Jahre „nur“ eine Verschärfung oder wurde eine qualitativ neue Situation geschaffen?

In den 70er Jahren fand in den zwölf EG-Staaten eine polizeiliche Aufrüstung statt: 1976 wurde unter deutscher Federführung die „Gruppe Trevi“¹ gegründet, ein Zusammenschluß der EG-Justiz- und Innenminister. Doch den fünf Kern- und Gründerstaaten der EWG/EG² ging es nicht schnell genug: Sie gründeten 1985 die „Gruppe Schengen“³. Seitdem wird die Ausgrenzung systematisch betrieben. Sowohl „Trevi“ als auch „Schengen“ waren bis Oktober 1993 Geheimgremien, die infor-

melle Absprachen trafen. Mit den „Maastrichter Verträgen“⁴ wurden sie legalisiert. Seitdem trifft sich die „Gruppe Trevi“ als „Rat Justiz und Inneres“. Die Gruppe Schengen vollzieht dann die Umsetzung der politischen Ziele in die Praxis.



■ Was beinhaltet das Schengen-Übereinkommen?

Offiziell wird die Öffnung der gemeinsamen Grenzen propagiert. Weggefallen sind auch in der Tat die Grenzkontrollen innerhalb der Schengenstaaten, doch nach außen sind sie zu einer Festung geworden, denn durch sogenannte Ausgleichsmaßnahmen sollen zusätzliche Polizeikräfte und Überwachungsmaßnahmen wirksam werden. 1990 wurde das Schengen-Zusatzübereinkommen verabschiedet, das das derzeit bedeutendste Abkommen ist. Damit ist die völkerrechtliche Grundlage für eine Ausgrenzungspolitik geschaffen. Es wird immer von „Harmonisierung“ der europäischen Politik gesprochen; was

getan wird ist, systematisch „nach unten zu harmonisieren“: Jenes Land mit dem schwächsten Schutz der Bürgerrechte bestimmt die künftige EU-Praxis. Es findet ein massiver Abbau von Rechtsstaatlichkeit statt. Das neue Datenschutzgesetz in Spanien vom Frühjahr 1993 beispielsweise ist von Schen-

der Abschreckung und der strengen Kontrollen der gemeinsamen Außengrenzen ausgingen; wobei Brüssel für die polizeilichen Strukturen auf europäischer Ebene, Bonn und Paris als Hauptstädte für das jeweilige Land stehen. Von diesen Zentren aus wurde starker Druck auf die peripheren Länder ausgeübt. Spanien kam dabei eine zentrale Stellung zu. Die Regierung Gonzales hat diesen Druck dankbar angenommen. Die Guardia Civil⁵ war ein entscheidender Faktor bei der Arbeit vor Ort.

■ Versprach sich Spanien davon den Anschluß an Europa?

Ja, bestimmt. Spaniens Nachrüstung in dem Bereich der Immigrant- und Flüchtlingsabwehr verschaffte Gonzales Prestige. Die finanzielle Unterstützung dazu kam von der EG. Daß die Arbeitslosigkeit weiter stieg, änderte nichts an dem Kurs der Regierung. Spanien bekam ein neues Gewicht im westeuropäischen Gebilde. Das geht so weit, daß Spanien bei der Aufteilung der EU in zwei Klassen auf die Stufe von Frankreich und Deutschland vorgeht. Das macht sich bei der Bestimmung des Domizils internationaler Organisationen bemerkbar. Erst vor kurzem wurde ein neuer Schlüssel entwickelt, nach dem Spanien der Sitz von einer relativ hohen Anzahl solcher Organisationen und außerdem noch prestigereichen zugesprochen wurde.

■ Welche Rolle spielt der Anschluß Ostdeutschlands an Westdeutschland?

Der Fall der Berliner Mauer und die sich anschließenden Entwicklungen schufen eine Pufferzone im Osten. Ostdeutschland bekam gegenüber Polen eine ganz ähnliche Funktion wie Spanien sie schon seit längerem gegenüber den Maghreb-Ländern innehatte, und aus der kleinen Schengen-Elite wurde eine Art zweite EG.

■ Inwieweit lag der zunehmenden Überwachung eine langfristige Strategie zugrunde?

Es war nicht alles vorgeplant. Es gab lediglich die Tendenz: Mehr Macht der

Fortsetzung nächste Seite oben

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemein-

schaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband Baden-Württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 6949257, Fax: 030 / 6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 381393, Fax: 040 / 3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511 / 3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089 / 5026541, Fax: 089 / 5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204 / 65711, Fax und Dat.-Tel. 034204 / 65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

o 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

Name:

o Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)

Straße:

o Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).

Postleitzahl/Ort:

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

Fortsetzung von Seite 14

Polizei; sowohl der politischen Polizei, dem Geheimdienst, als auch der Kriminalpolizei. Drogenbesitz wurde als ein Vorwand dazu benutzt, die „illegale“ Einreise als ein anderer. In den 60er und 70er Jahren war „Flüchtling“ noch ein positiv besetzter Begriff. Später wurde eine Umdeutung vorgenommen: Aus Opfern wurden Täter gemacht. Die „illegale“ Einreise wurde zum Delikt erklärt, Suchtabhängige zu Drogendealern. Das ermöglichte eine erhebliche Erweiterung der Überwachungsbefugnisse. So übte z.B. Deutschland starken Druck auf die Niederlande wegen ihrer etwas liberaleren Drogenpolitik aus.

Es wurde versucht, sowohl Suchtabhängige als auch Asylsuchende zu kriminalisieren.

■ Sie sagen das zögerlich.

Ja, denn es besteht ein gewisses Verständnis in der übrigen Bevölkerung. Es gibt viele, die sich auf die propagierten Bilder wie dem des Flüchtlings als „Wirtschaftsprofiteur“ einlassen.

Ich würde sagen, daß es trotz allem Hunderttausende gibt, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren, die dafür auch Gesetze übertreten würden. Viele von ihnen fallen nicht so auf, weil sie Nischenarbeit leisten und nicht organisiert sind. Ich beobachte auch in den Redaktionen der bürgerlichen Zeitungen Interesse an Flüchtlingsfragen.

■ Wie sollte Ihrer Meinung nach der Widerstand gegen die immer repressivere Politik aussehen?

Jeder Widerstand gegen Macht, die sich auf Menschen auswirkt, ist wichtig. Wie der Widerstand im einzelnen aussehen sollte, läßt sich nicht pauschal sagen. Das hängt von der Situation vor Ort ab.

Die traditionelle Linke hat in ihrer Solidarität mit Flüchtlingen sehr stark abgenommen. Die Sozialdemokratie als Ganzes beschränkt sich auf Lippenbekenntnisse. Sie ist um politische Korrektheit bemüht. Doch das schließt das Flüchtlingsthema nicht mit ein. Asyl war ein Modethema. Nur in dem Sinne hat sich die traditionelle Linke um das Thema gekümmert. Aber sie stand nicht mit voller Überzeugung dahinter. Dazu muß aber auch gesagt werden, daß noch heute viele Personen aus sozialdemokratischem und gewerkschaftlichem Umfeld gute, wichtige und solidarische Arbeit leisten.

Vor allem aber ist ein starker Zuwachs an Solidarität im christlichen Umfeld zu bemerken. Es sind relativ unpolitische Personen, die aber aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus handeln und sehr zuverlässig sind. Der Widerstand aus dem Kleinen ist sehr wichtig. Hier sind die politischen Kleingruppen positiv zu nennen, die sich aus WG-, StudentInnen- und autonomen Kreisen zusammensetzen und die sich wohl am Unerschütterlichsten, Klarsten und Direktesten gegen die genannten faschisierenden Strukturen einsetzen.

Im Größenverhältnis zur Gesamtbevölkerung ist die Solidaritätsbewegung in der Schweiz am stärksten. Dort gibt es auch schon seit einigen Jahren Kirchenasyl. In Deutschland ist die Kirchenasylbewegung verzögert in Gang gekommen. Dafür gibt es dort heute effektive Dachorganisationen wie Pro Asyl oder Arbeitskreis Kirche und Flüchtlinge.

In Frankreich besteht eine andere Form von Kirchenasyl. Dort hat die kirchliche Fürsorge für Bedürftige — vor allem Obdachlose — Tradition. Heutzutage werden die Flüchtlinge da miteinbezogen.

■ Was halten Sie von einer Legalisierungskampagne, wie sie in Frankreich 1981 und in Spanien 1989 und 1991 durchgeführt wurde und wie sie zur Zeit in antirassistischen Kreisen in Deutschland diskutiert wird?

Der Prozeß der Legalisierungskampagne ist nicht von einem Land auf das andere übertragbar. In Frankreich und vor allem in Spanien besteht ein anderer, etwas offenerer Umgang in der Arbeitswelt als in Deutschland. Ich habe gewisse Hochachtung davor, wie in Spanien mit dem Thema der Einwanderung umgegangen wird. Obwohl in Spanien jede sechste Person der arbeitsfähigen Bevölkerung erwerbslos ist, ist der Umgang viel wärmer. In Deutschland mit einer Arbeitslosigkeit von 10 % ist die Arbeitssituation viel härter, die menschlichen Kontakte und die Unterstützung durch die Familie sehr viel geringer und die Ausgrenzung von Immigranten sehr stark.

■ Sie meinen also, daß eine Legalisierungskampagne von den gesellschaftlichen Bedingungen des Landes abhängt?

Ja. Es hängt von ihrer gesellschaftlichen Durchsetzbarkeit ab. In Deutschland und der Schweiz ist ein Legalisierungsprozeß gesellschaftlich nicht durchsetzbar. Dafür ist in diesen Ländern das Streben nach Profitmaximierung in der Zwei-Klassen-Gesellschaft dominant. Für Deutschland wäre die Frage daher eher so zu stellen, ob eine Legalisierungskampagne die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit unterstützen kann, als Mittel sozusagen, die alten Anliegen neuen Kreisen zu erschließen.

■ Nach meinem Eindruck wird die Ausländerausgrenzung nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Schweiz mit dem Schlagwort der „Überfremdung“ betrieben.

Ja, das stimmt. Der Begriff der „Überfremdung“ trat zuerst 1912 auf. Es werden heute nationalistische Gefühle gegen alle Nicht-Schweizer geschürt. Es gibt kein anderes Land, in dem die Nationalflagge so häufig — an Häusern, an Booten ... — zu sehen ist wie in der Schweiz. Die Politiker propagieren Patriotismus. Mit rassistischen Gesetzen wie denen in Frankreich wurde ein neues Bild von „dem Ausländer“ geschaffen. Es finden in der Schweiz regelmäßig Volksabstimmungen über die Begrenzung von Ausländern statt, bei denen knapp die Hälfte der Wahlberechtigten für eine Begrenzung stimmt.

■ War es eine Taktik der schweizer Regierung, zeitgleich eine Volksabstimmung über die Verschärfung der Abschiebehafte und ein Antirassismusetz zu erlassen?

Das Zwangsmaßnahmengesetz richtete sich zum Teil nach der bereits restriktiven Gesetzgebung Deutschlands und Österreichs, zum Teil ging es auch noch über jene hinaus. Danach sollte die Abschiebehafte von drei Monaten um weitere sechs Monate verlängert werden können. Außerdem wurde eine sogenannte dreimonatige Vorbereitungsphase eingeführt, von der Gebrauch gemacht werden kann, ohne daß der betroffenen Person ein Delikt nachgewiesen werden kann oder auch nur ein Tatverdacht gegen sie besteht. Es reicht die pure Annahme eines Polizeibediensteten, daß eine bestimmte Person ihrer Ausreiseaufforderung nicht nachkommt.

Gleichzeitig wurde das Antirassismusetz erlassen. Das kostete nichts. Und die gesetzlich vorgesehene Kommission ist bisher nicht in Funktion. Man darf auch weiterhin ausländerfeindliche Äußerungen tätigen. Man darf nur nicht den Fehler begehen, eine bestimmte Person direkt anzugreifen, denn nur wenn sich die Äußerung gegen

eine einzelne Person richtet, ist sie strafwürdig. Das Zwangsmaßnahmengesetz dagegen hat ganz konkrete Auswirkungen: Es werden zur Zeit in der Schweiz so viele neue Gefängnisplätze gebaut wie nie zuvor; so viel wie in Deutschland in den letzten drei Jahren.

■ Aber die Abschiebehafte gibt es in der Schweiz sogar schon länger als in Deutschland, nicht wahr?

Ja, in der Schweiz wurde sie zuerst angewandt, bereits 1988, aber sie funktionierte zunächst informell. In Deutschland ist sie dann systematisch eingeführt und juristisch abgesichert worden. Damit ist ihr der Schein der Rechtsstaatlichkeit verliehen worden. Formell ist sie nicht angreifbar. Ob es ethisch gerechtfertigt ist, danach wird nicht mehr gefragt.

Quellen:

- 1 Kürzel für die französischen Stichwörter „Terrorisme, radicalisme, extrémisme, violence internationale“
- 2 Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg
- 3 Gruppe Schengen, benannt nach dem Gründungsort in Luxemburg. Das Schengen-Übereinkommen vom 14.6.1985 wurde am 19.6.1990 durch das Schengen-Zusatzübereinkommen ergänzt. In den folgenden Jahren kamen Italien (1990), Spanien, Portugal (beide 1991) und Griechenland (1992) hinzu. Die Mitgliedschaft in der Gruppe Schengen wird aber nicht mehr an die EU-Mitgliedschaft gebunden. Die drei skandinavischen Länder und Österreich, die alle um Aufnahme in die EG/EU nachsuchten, bekamen Anfang 1993 das Angebot, so bald als möglich, also noch vor einer EG/EU-Aufnahme, der Gruppe Schengen beizutreten. Österreich gehört seit Frühjahr dieses Jahres dazu.
- 4 Seit dem 1. November 1993 in Kraft
- 5 Zivilgarde. Seit der Verfassung von 1978 ist die „Guardia Civil“ nicht mehr Bestandteil der Streitkräfte. Andererseits wird sie auch nicht ganz den Polizei- und Sicherheitskräften zugerechnet und zeichnet sich nach wie vor durch ihren militärischen Charakter aus. In Friedenszeiten untersteht sie dem Innenministerium für alles, was Sicherheit und öffentliche Ordnung anbelangt.

EINLADUNG ZUR HERBSTKONFERENZ

„Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte“

Am Samstag, den 15. Oktober 1995, um 8.15 Uhr im Jugendgästehaus in Köln.

Die Herbsttagung hat folgende Punkte zu behandeln:

- Änderung der Gliederung der Politischen Berichte durch die Weiterführung der Anliegen der eingestellten Zeitschrift Kritik und Widerstand.
- Arbeitsmöglichkeiten von Redaktion und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter der Bedingung extremer Dezentralisierung.
- Diskussion der Themenschwerpunkte, die sich herausgebildet haben.
- Bleibt für die Politischen Berichte über die Vermittlung von Diskussionszusammenhängen hinaus auch noch die Aufgabe der aktueller Nachrichtenverbreitung?
- Die Finanzierung der Zeitschrift im Jahr 1996.

Alle Mitglieder des Arbeitskreises und interessierte Autoren sind herzlich eingeladen. — (maf)

TERMINE

5.-8. 10.: Internationales Treffen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. Kultur & Kongreß, veranstaltet von der Bundesarbeitsgemeinschaft gegen Armut und Arbeitslosigkeit in der BRD und von ITACA in der Universität Hamburg. Kontakt über „Büro“, Thadenstr. 118, 22767 Hamburg, Telefon 040/4395132.

7. 10.: Bundesweite Demonstration gegen die gegen Cuba verhängte Wirtschaftsblockade, Berlin, 14 Uhr ab Adenauerplatz, Charlottenburg.

14. 10.: Der Arbeitskreis Politische Berichte tagt in Köln.

14.-15. 10.: Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten, Köln.

22. 10.: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksvertretungen in Berlin.

28. 10.: Jahrestreffen der Redaktion der „Sozialistischen Zeitung“ (VSP) im SoZ-Büro in Köln.

28./29. 10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Fraktion im Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD im Raum Darmstadt. Thema ist „Unsere Gewerkschaftsarbeit“. Auch interessierte Nicht-Mitglieder können teilnehmen, Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

29. 10.-4. 11.: Gewerkschaftstag der IG Metall in Berlin.

2./4. 11.: Bundesjugendkongreß von Bündnis 90 / Die Grünen in Troisdorf.

4. 11.: „Aufstehen gegen die Sozialleistungskürzungen“. Demonstration in Bonn, Beginn 11 Uhr Münsterplatz, ab 13 Abschlussskundgebung auf dem Münsterplatz. Es rufen auf die BAGs der Sozialhilfeinitiativen, BAG gegen Erwerbslosigkeit und Armut, Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenverband Deutschland u.a.

14./17. 11.: SPD-Bundesparteitag in Mannheim.

18. 11.: Kurdistan-Solidaritätsgruppen und kurdische Organisationen rufen zu einer bundesweiten Demonstration gegen die vor zwei Jahren verhängten Verbote kurdischer Organisationen in der BRD auf. Ort: Köln.

24./26. 11.: Die „Kampagne gegen Rüstungsexport“ berät auf einem öffentlichen Seminar/Vernetzungstreffen im Kinderschloß Ockstein in 61169 Friedberg-Ockstadt über ihre weiteren Aktivitäten gegen „Rüstungsexporte in den 90er Jahren“. Anmeldungen werden erbeten an das Büro der Kampagne, Bahnhofstr. 18, 65510 Idstein.

1./3. 12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Grüne, Bremen.

1996

27./28. 1.: 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS in Magdeburg.

1./3. 3.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen in Mainz.

10. März: Kommunalwahlen in Bayern.

24. März: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Mai: Landtagswahl in Rheinland-Pfalz.

Oktober: Kommunalwahlen in Niedersachsen.

Spurensuche

In einem lesenswerten Buch über Kurdistan

Seit zwei Jahren fahren Hunderte von internationalen Menschenrechtsbeobachtern zu Newroz nach Kurdistan. Die meisten aus Deutschland. Daraus ist eine feste Einrichtung geworden. Ein international anerkanntes Menschenrechtsinstitut im Zeichen von Solidität, Reliabilität und Glaubwürdigkeit, was Aussage, Recherche und Ergebnis anbetrifft — und das dementsprechend inzwischen auch anerkannte Zustimmung und Aufmerksamkeit in Presse und Öffentlichkeit findet. Auch die Institutionen der Europäischen Union, das Brüsseler Parlament und Einrichtungen der Vereinten Nationen erhalten und rezipieren ernsthaft diese Berichte. Die Instanzen der OSZE werden von medico international und dem Kurdistan Human Rights Project London von allen Ergebnissen auf ihre Weise gleichermaßen unterrichtet.

Inzwischen, auch das ist wichtig, fungiert das Büro der Menschenrechtsdelegationen nicht nur zur Zeit des Newroz-Festes, es organisiert beachtete fact-finding-missions und Recherchenreisen regulär in Permanenz, einer türkisch verschuldeten Situation in Kurdistan wegen, deren Völkermorddimensionen keine Unterbrechung kennt.

... Die Wahrheit über Kurdistan ist die Wahrheit über die europäisch-deutschen Waffenlieferanten und Kreditgeber der Türkei. (aus der Einleitung)¹

Kriegsfolgen in Nordwest-Kurdistan ...

In dieser Tradition der Politik der Entvölkerung wurden in Kurdistan nach Angaben des IHD in den letzten Jahren nahezu 3000 Dörfer und Landschaften zerstört. „Es ist die türkische Armee, die diese Operationen durchführt. Sie verhindert jeden Ein- und Ausgang zum Dorf und übt Druck gegenüber allen Dorfbewohnern aus, um sie einzuschüchtern und dazu zu zwingen, als Dorfschützer mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die Männer werden geschlagen, gefoltert, die Frauen mißhandelt und vor den Augen ihrer Kinder sexuell belästigt. Die Häuser werden verwüstet,

die Äcker verbrannt, das Vieh getötet, und nach der Evakuierung des Dorfes wird dieses mit Minen versetzt und in ein „Niemandland“ verwandelt“.

Kamer Genc macht die Machtlosigkeit türkischer Abgeordneter deutlich: „Ich bin nicht in der Lage, das Anzünden der Dörfer zu stoppen. Wir sind Personen, die bestimmte hohe Positionen im Staat besetzt haben, aber ich weiß nicht, wer alles in diesem Staat regiert. Das ist kein Staat, sondern ein Banditenregime. ... Die PKK hat früher keine Dörfer angezündet, warum sollte sie das jetzt tun? Die Sicherheitskräfte sind ganz offen in die Dörfer gegangen und haben sie angezündet, bevor sie sie wieder verlassen haben.“²

... und in der „Fluchtalternative Westtürkei“

Alle Familien, die wir besuchen, wohnen in einfachsten Verhältnissen und auf engstem Raum. Es ist keine Seltenheit, daß sich bis zu 20 Personen 2-3 Zimmer teilen. Oft ist nur ein Zimmer mittels Ofen oder improvisierter Konstruktion beheizbar. Eine Frau, die mit ihrer Familie erst vor kurzem angekommen ist, zeigt uns das Haus, in dem sie lebt. Es befindet sich dort keine Heizung, nachts liegt die Familie dicht beieinander, um sich gegenseitig zu wärmen.

„Das Haus ist noch nicht fertig, wir wohnen hier zur Miete und müssen 700.000 TL monatlich bezahlen. Ich habe 10 Kinder — alle sind krank geworden wegen der Kälte. Wir haben oft kein Essen, die Kinder sind hungrig, und ich habe keine Schuhe für alle. Mein Mann findet nur ab und zu Arbeit auf dem Bau. Auch die Kinder müssen arbeiten. Die Kleinen putzen Schuhe für Geld.“

Die wirtschaftliche Situation ist auch für Familien, die schon lange in der Westtürkei leben, sehr schlecht. Die Männer berichten, daß sie aufgrund ihrer kurdischen Herkunft bei der Arbeitssuche diskriminiert werden und kaum Arbeit finden. Es ist nicht selten, daß in einer 20-köpfigen Familie nur ein Mann Arbeit hat. Das Einkommen



reicht jedoch vorne und hinten nicht aus. Gerade die vielen Kinder sind oft nicht ausreichend ernährt.³

Das Gesundheitswesen

Zur medizinischen Situation der kurdischen Bevölkerung gibt es keine umfassenden Angaben. Lediglich vom UN-Kinderhilfswerk Unicef, der Gesundheitsgewerkschaft (Saglik-Sen) und der Ärztekammer Diyarbakir liegen unvollständige statistische Angaben vor. Doch bereits daraus wird der Unterschied in der medizinischen Versorgung zwischen den kurdischen Provinzen und den übrigen Gebieten der Türkei deutlich. Die folgenden Darstellungen in diesem Beitrag beziehen sich jeweils auf die kurdischen Provinzstädte; aus den oben genannten Gründen ist es nicht möglich, Angaben zu der Situation in den ländlichen Regionen zu machen.

Nach einer Statistik der Gesundheitsgewerkschaft für das Jahr 1993 (Einwohnerzahlen allerdings von 1990) ergab sich bezüglich der Verteilung der Ärzte auf die kurdischen Provinzen folgendes:

Stadt	Einwohner	Ärzte	Einw./Arzt
Diyarbakir	1.100.000	659	1.692
Mardin	600.000	92	6.062
Batman	345.000	72	4.870
Siirt	245.000	54	4.080

In kurdischen Provinzen muß ein Zahnarzt sogar durchschnittlich jeweils 36529 Einwohner versorgen. In der Erdölstadt Batman war nur ein Kinderarzt tätig. In Sirnak sind nur 37 Ärzte registriert. Es muß betont werden, daß diese Angaben sich auf die Provinzstädte beziehen. Auf dem Land ist die Lage noch wesentlich schlechter.⁴

Folter und Folterziele

Darüber hinaus bezwecken die Folterer die Bekanntmachung der „psychologischen Invalidität“ von Personen, die im Widerstand leitende Positionen haben, aber auch der Personen, die nach dem Verhör bewußt in die Öffentlichkeit gedrängt werden. Die durch das Gefängnis „Gezeichneten“ sollen mit „tiefen, unsichtbaren Wunden“ aus der Folter entlassen werden, so daß ihre Persönlichkeit gebrochen erscheint und auf die soziale Umgebung abschreckend wirkt. ... Zum Teil hat die „Folter be-

wußt und effektiv in die psychologischen Funktionen des Individuums eingegriffen und die normalen Reaktionsmuster durch Angst ersetzt.“ Wenn die Gefangenen aus den Gefängnissen entlassen werden, „sind sie umherwandelnde, abschreckende Beispiele dafür, was passiert, wenn man sich gegen das Regime stellt. Die Wirkung der Folter verteilt sich also als Furcht und Machtlosigkeit auf größere Teile der Bevölkerung“...⁵

Gerade wegen der verfälschenden Darstellungen der kurdischen Realität durch fast alle deutschen Medien ist dieses Buch wichtig. Es informiert in kurzen Kapiteln über die kurdische Geschichte, über die aktuellen Zerstörungen durch die türkische Armee, über die rassistische Staatsdoktrin der Türkei auch in der „sicheren Fluchtalternative Westtürkei“, sowie über die Delegationen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz 1995.

Gegen die ständige Unterstützung für den Völkermord in Kurdistan durch staatliche Stellen, vor allem auch der BRD, setzen das gewählte kurdische Exilparlament sowie auch die maßgebenden kurdischen Organisationen immer wiederholte Aufrufe für einen beiderseitigen Waffenstillstand und eine friedliche politische Lösung.

— (hak)

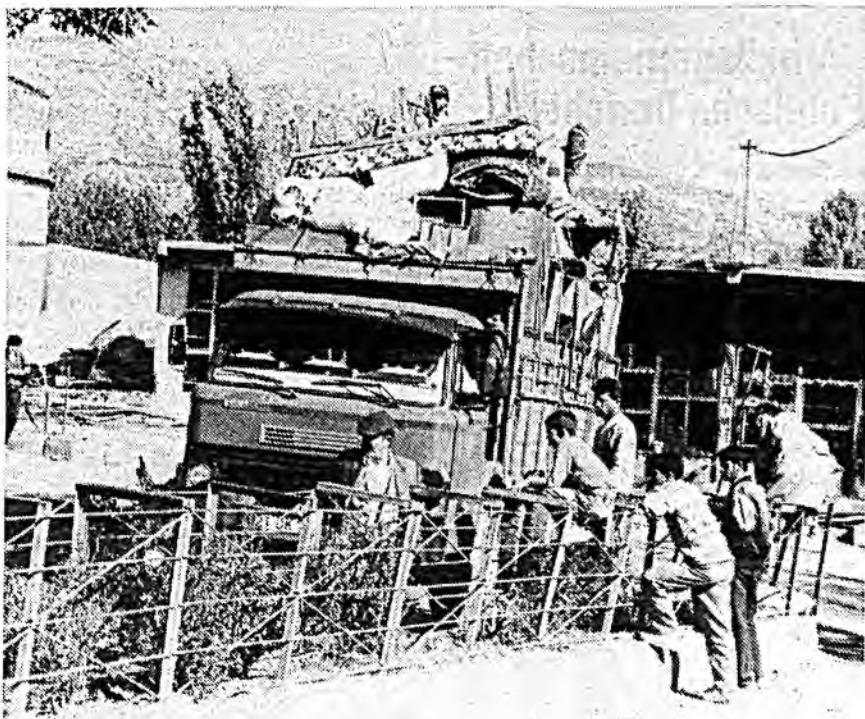
Spurensuche, medico international / Koordinationsbüro Newroz, Frankfurt/Main / Kurdistan-Informationszentrum Köln, Verlag medico international Frankfurt/Main 1995, ISBN 3-923363-22-2, DM 15,-

Aus dem Inhalt:

Ein kurzer Einblick in eine lange Geschichte / Kriegsfolgen in Nordwestkurdistan / „sichere Fluchtalternative Westtürkei“ / rechtliche Grundlagen für die Kurden in der Türkei und Kurdistan / internationale Dimension / deutsche Beihilfe zum Mord an Kurden und Kurden / Delegationsberichte / ständige Belagerung — Kurdistan im Frühjahr 1995

Quellen:

- 1 Spurensuche, Seite 6
- 2 a.a.O., Seite 25
- 3 a.a.O., Seite 119
- 4 a.a.O., Seite 82-83
- 5 Seite 107-108



Eindrücke eines Delegationsbesuches in Kurdistan.

Fotos: Roland Röder.